

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kf 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

6. Jahrgang.

Mittwoch, 17. Feber 1926.

Nr. 41.

Regierung und Parlament

Was wäre in jedem anderen Parlamente
geschehen, das zwei volle Monate nicht ver-
sammelt war und das drei Monate nach den
Wahlen eigentlich erst recht seine Tätigkeit zu
beginnen im Begriffe steht. Es hätte sich der
Ministerpräsident, der doch in erster Linie für
das politische Geschehen im Staate verantwort-
lich ist, erhoben und hätte über die Ereignisse
der letzten Zeit, sowie über die Maßnahmen
der Regierung, die politische Lage und die un-
mittelbar der Erledigung harrenden Fragen ge-
sprochen. Mindestens wäre, wofür in jedem
anderen Parlamente gesorgt ist, den Abgeord-
neten die Möglichkeit geboten worden, schon
am ersten Tage, sei es in Form von Anfragen
an die Regierung, die anderwärts auch prompt
beantwortet worden wären, sei es in Erklärun-
gen zu Worte zu kommen. Für das tschechoslo-
wakische Parlament gilt diese Selbstverständ-
lichkeit nicht. Während der ersten Zeit der
Dauer der Sitzung war der Ministerpräsident
überhaupt nicht amwesend und daß er später
erschien, das hat nur darin seinen Grund, weil
über ein Exposé des Außenministers eine Ab-
stimmung bevorstand und die Regierungsmit-
glieder immer mitstimmen müssen, um den Re-
gierungsparteien bei der Herstellung der Mehr-
heit zu helfen. Da die Tagesordnung der
Sitzung so zusammengestellt war, daß für die
Abgeordneten jede Handhabe fehlte, zu Worte
zu gelangen, oder auch nur wenigstens eine
kurze Erklärung abzugeben, so hat es die Re-
gierung mit dieser Mundtotmachung erreicht,
daß niemand sprechen konnte und jedes Wort
des Protestes verhindert wurde.

Das System, nach dem die Regierung re-
giert, läuft immer stärker auf eine Degradie-
rung, Behrlosmachung, Entwürdigung und
Entmannung des Parlamentes hinaus. Es ge-
nügt dieser Regierung, wenn es ihr gelingt,
mit Jammer und Wehe wieder zu einer ge-
wissen Zeit ihre Parteien zu einigen, das Par-
lament aber wird von ihr immer mehr zur
leeren Dekoration herabgewürdigt. Vor vierzehn
Tagen war die Vollziehung der rechtlichen An-
erkennung Sowjetrußlands als unmittelbar be-
vorstehend verkündet worden, plötzlich war die
Anerkennungsfrage in der Versenkung ver-
schwunden, aber bis heute hat die Regierung
es unterlassen, über das Wie und Warum auch
nur ein Wort zu erklären. Die Regierung hat
die Durchführungsverordnung zum Sprachen-
gesetz erlassen, die zum Minoritätenschutzgesetz,
zum Sprachengesetz, zur Gemeindeordnung und
zu vielen anderen Gesetzen im Widerspruche
steht, aber nicht nur, daß die Regierung sich
nicht bewegen fühlt, dem Parlamente gegen-
über diese unerhörte und empörende Maßnahme
zu erklären, zu begründen und zu verteidigen,
hat sie alles darauf angelegt, zu verhindern,
daß im Parlamente der Protest der durch diese
Verordnung vergewaltigten Bevölkerung zum
Ausdruck komme. Es wäre kindliche Selbsttäu-
schung, wenn die Regierung und ihre journalis-
tischen Leibdiener schließen wollten, weil in
der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses
nicht schon gleich zu Beginn und erst bei der
Rede des Außenministers die Empörung über
das verübte Sprachenunrecht und den voll-
zogenen Sprachenraub nicht noch lauter zum
Ausdruck gekommen ist, als es geschah, daß
Empörung und Wut in der Bevölkerung nur
in geringem Maße vorhanden ist. Vielleicht gibt
es Kreise, welche die volle Tüde der Veror-
nung, ihrer Spitzfindigkeiten, ihre Härten und
sinnlosen Grausamkeiten noch nicht im vollen
Maße ermessen. Aber tiefgehendste Verbitte-
rung ist heute schon vorhanden und wird sich steigern,
je mehr das paragrafierte Sprachenunrecht
durch die Praxis den Massen der Bevölkerung
zum Bewußtsein gebracht werden wird. Es ist
der Regierung gelungen, den ersten Aufschrei
über die von ihr verübte nationale Vergewalti-
gung zu verhindern, oder doch wenigstens auf
protestierende Zwischenrufe einzuschränken, aber
wenn man das Regieren heißt, dann ist zum
Regieren wahrhaftig kein Verstand, sondern nur
eine eiserne Stirne erforderlich.

Die Regierung und ihre Koalition, sie
haben auch das Schämien verlernt. Wie hätten

Sturm im Parlament.

„Technische Nothilfe“ gegen die Opposition.

Prag, 16. Feber.

Die heutige Parlamentsitzung bot ein seltsa-
mes Bild; sie zeigte recht deutlich auf, wie die
allnationale Koalition die Probleme des Staates
lösen will. Gegen die oppositionellen Parteien, die
ihrer Empörung gegen das herrschende Regime
lauten Ausdruck gaben, wurden technische Hilfs-
mittel eingesetzt. Lautsprecher und Schallverstär-
kungsapparate traten in Aktion und alldem sahen
dichtgefüllte Galerien zu, auf denen auch die Un-
formen der Parlamentswache blühten.

Die Verlesung des Einlaufes nahm über
eine Stunde in Anspruch, die außerdem ausge-
füllt war mit den Zurufen der oppositionellen
Abgeordneten. Als um sechs Uhr Ministerpräsi-
dent Svehla den Saal betrat, erhoben sich stür-
mische Pfuirufe, schrille Pfiffe ertönten und im
Lärm verkünden die Schallverstärker die Ord-
nungsrufe des Vizepräsidenten Slavicek.

Die deutschen Sozialdemokra-
ten geben ihrer Empörung stür-
mischen Ausdruck.

Pohl: Ein elender Wortbruch der Regie-
rung!

Dr. Czech wendet sich mit heftigen Vor-
würfen gegen die auf der Ministerbank sitzenden
und lachenden Minister.

Schuker: Euch wird das Lachen schon
vergehen!

De Witte zeigt auf die Lautsprecher
und ruft: Technische Nothilfe gegen die Oppo-
sition!

Hillebrand: Nothäuser Svehla!

Im Lärm verkündet der Parlamentssekretär
Dr. Rih a das Ergebnis der derweil stattgefun-
denen

Präsidentenwahl.

Abgegeben wurden auch 35 leere Stimm-
zettel; 159 Stimmen erhält Malypetr, 27
Juriga, 35 Zapotocky, 4 Szentibani
und 2 Tomasek. Im Ganzen wurden 262
Stimmen abgegeben. Die deutschen Sozialdemo-
kraten sind der Präsidentenwahl ferngeblieben.
Slavicek verhindert, daß Malypetr ge-

ste es sonst zugeben dürfen, daß der neuge-
wählte Präsident des Hauses, Herr Malypetr,
es mit der Würde des Parlamentes vereinbarlich
sah, auf der Galerie des Sitzungssaales sechs
Mann der neuuniformierten Parlamentspolizei
zu postieren! Das Parlament unter Polizeiaufsicht!
Das hat gerade noch gefehlt, um den letzten
Schimmer von Freiheit und Demokratie in diesem
Parlamente auszuwischen. Man stellt, wie in den
ängstlichen Zeiten der österreicherischen Reak-
tion, alle Versammlungen, welche die angeblich
freien Bürger dieses Staates veranstalten, unter
polizeiliche Kontrolle, jedem Polizeibeamten, ja
jedem Gendarmen ist es angeheimgesprochen,
durch strafgerichtliche Anzeige einen Redner vom
Gericht verfolgen zu lassen, die Immunitätsaus-
schüsse des Parlamentes sind stets die meist be-
schäftigtesten Ausschüsse und die Fälle, daß
Abgeordnete und Senatoren wegen politischer
Reden ausgeliefert werden, gehen in die vielen
Dutzende, im Parlamente sorgt eine vom ärgsten,
unerbittlichsten und gehässigsten Polizeigeiste
erfüllte Geschäftsordnung für die ausgiebigste
Drosselung der Redefreiheit. Und gestern wagte
man es auch noch zu allem, uniformierte
Polizisten als eine offenbar ständig gedachte
Einrichtung im Sitzungssaal aufzustellen! Es
waren unsere Genossen Abgeordneten, welche,
als sie diesen Standalösen Unfug, der in der
Geschichte des Parlamentes unerhört ist, bemerkten,
stürmisch gegen ihn protestierten und die Ent-
fernung der Polizei aus dem Saale forderten.
Schämt sich denn niemand für diesen Geist der
Koalition, der es zuwege bringt, offen vor
aller Welt das Parlament unter Polizeiaufsicht
zu stellen? Die brausenden Rufe unserer
Genossen hatten zur Folge, daß die Polizisten
zuerst in den Hintergrund der Parlaments-
galerie zurückgezogen und später überhaupt
entfernt wurden. Die Schmach aber bleibt
bestehen, daß man es gewagt hat, die ge-
setzgebende Körperschaft, die Versammlung
der freigesählten Vertreter des Volkes, unter
Polizeiaufsicht zu stellen.

wählt ist. Der gewählte Vorsitzende Malypetr
erklärt, die Wahl anzunehmen und genau
und streng („přesně a přesně“) sein Amt auszu-
üben. Nach seiner Ansprache ertönt nur schwacher
Beifall bei den tschechischen Agrariern.

Sodann fand die Wahl der vier Vizepräsi-
dente statt. Abgegeben wurden 266 gültige
und 13 leere Stimmzettel. Zu Vizepräsidenten
wurden gewählt: Stibin mit 156 Stimmen,
Slavicek mit 157 Stimmen, Dostalek mit
157 Stimmen und Dr. Spina mit 159 Stim-
men. Der slowakische Volksparteiler Buday
erhielt 22, Zapotocky 35 Stimmen, die übrigen
Stimmen waren zerstückelt.

Sodann wählte das Haus 10 Schriftfüh-
rer und 4 Ordner.

Inzwischen lehrten die deutschen Sozialdemo-
kraten in den Sitzungssaal zurück. Zum Zeichen
des Protestes gegen die Anwesenheit einiger Mit-
glieder der Parlamentswache auf der Galerie ver-
ursachten unsere Genossen eine

Stürmische Kundgebung.

Sie riefen an die Adresse der Mitglieder der
Regierung und des Präsidenten des Hauses:
Das ist keine Demokratie, das ist
ein Polizeistaat!

Dr. Czech eilte vor die Ministerbank,
schlug mit der Faust auf das Pult und rief:
Herr Minister Beneš, kein Parla-
ment der Welt tagt unter Polizei-
aufsicht!

Kaufmann: Die Polizei soll weg!

Hillebrand: Herr Polizeipräsident,
lassen Sie doch die Wache gleich einmarschieren!

Unsere Genossen trommelten mit den Fäu-
sten auf den Pulten, Malypetr schaut mittels
eines Fernrohrs auf die Galerie und in
wenigen Minuten verschwinden die uniformier-
ten Parlamentspolizisten von der Galerie.

Wahl der Ausschüsse.

Es wurde weiter die Wahl von vier Ord-
nern, 16 Mitgliedern und 16 Erfahrlenten des
ständigen Ausschusses vorgenommen. Die deutschen

Würde des Parlamentes! Wie sie von der
Koalition geachtet wird, beweist auch der am
gestrigen Tage nach monatelangen Handeln und
Keilschen abgeschlossene Pferdehandel in der
Frage der beiden Kammerpräsidenten. Es geht
um keine persönliche, sondern um eine grund-
sätzliche Sache, so hörte man beteuern, als dar-
über, wer im Abgeordnetenhause und im Senat
Präsident werden soll, gestritten wurde und
keine der Gruppen der Koalition nachgeben
wollte. Jetzt hat man einfach einen Turnus
eingeführt! Es werden die Präsidenten nicht
mehr für die Dauer der Parlamentssession,
sondern zum Austausch nach regelmäßigen Zeit-
fristen gewählt werden! Herr Malypetr wird
im Abgeordnetenhause zwei Jahre präsidieren,
dann kommt für dieselbe Dauer ein Merkator
daran und dann soll, wenn das Parlament noch
am Leben ist, ein weiterer Austausch erfolgen.
Im Senat sind die Fristen noch kürzer, dort
werden sich tschechische Nationalsozialisten, Me-
rikator und tschechische Sozialdemokraten alljähr-
lich im Besitz des Präsidentenstuhles ablösen!
Es ist nur ein Glück, daß nicht noch mehr
Parteien der Koalition zugehören, sonst müßte
der Wechsel alle paar Wochen vorgenommen
werden. Die salomonische Lösung des Kon-
flikts um drei Präsidien scheint die arg wacklig
gewordene Koalition wieder auf die Beine ge-
stellt zu haben, aber auf wie lange? Herr
Svehla ist freilich froh, wenn es ihm wieder
einmal geht, seiner Koalition eine kurze
Lebensfrist abzurufen. Und so leben wir alle
Tage! Die Regierung wird aufatmen, daß die
gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses vor-
über ist, und daß es ihr dabei nicht noch ärger
erging. Was morgen sein wird, das schert sie
wenig. Weit und breit aber ist niemand zu
sehen, der einem wirklichen Staatsmann ähn-
lich sehen würde. Und doch sollte man meinen,
daß es in erster Linie Sorge der „Staatsverhal-
tenden“ sein müßte, an die Zukunft des Staates
zu denken.

Sozialdemokraten entsenden in den ständigen
Ausschuß als Mitglied Schäfer und als Er-
satzmann Hillebrand.

Es folgen die Wahl des Außenausschus-
ses (für die deutsche sozialdemokratische Partei
Dr. Czech), des Kulturausschusses (Hille-
brand), des sozialpolitischen Ausschus-
ses (Taub und Schäfer), des landwirt-
schaftlichen Ausschusses (Weiß und
Schweichhart), des Ausschusses für Indu-
strie, Gewerbe und Handel (Grün-
ner und Roscher), des Wehrausschusses
(Seeger).

Beneš sündigt.

Als Minister Dr. Beneš, dessen Aus-
führungen wir an anderer Stelle wiedergeben,
das Wort zu seinem Exposé ergreift,

geht auf den Västen der deutschen Sozial-
demokraten ein großer Lärm los.

Im Lärm erhielt Genosse de Witte einen
Ordnungsruf, weil er dem Minister Beneš
zurufte:

Locarno schwindel!

Im Verlaufe der Värmnenen schleuderte ein
Koalitionsabgeordneter, in dem man den
Gewerbeparteiler Dstry erkannt haben will,
gegen eine Gruppe oppositioneller Abgeordneter
einige Drude, die den ungarischen National-
parteiler Fedor trafen. Fedor packte daraufhin
eine vor ihm liegende Aktentasche und warf sie
gegen die Väste der Koalition, wobei der
tschechische Sozialdemokrat Reichner eine
Augenverletzung erlitt. Die Koalitionsjustiz trat
sogar in Aktion: Fedor wurde von der Sitzung
ausgeschlossen. Im Lärm schrie Dr. Beneš seine
Ausführungen fort, die aber bloß von den
Ministern und einigen Abgeordneten gehört
wurden, die sich um die Rednertribüne gesammelt
hatten.

Präsident Malypetr versuchte vergeblich,
die Ruhe herzustellen, und ermahnte einzelne
Abgeordnete, sie mögen die Sitzung nicht stören.
Dr. Schollich wurde dreimal zur Ordnung
gerufen, weil er durch Gebrauch einer Pfeife
die Verhandlungen störte. Nach Schluß der Rede
Beneš gab es die übliche Gratulationskur.

Anschließend fand noch eine zweite formelle
Sitzung statt, in der verschiedene Vorlagen der
Ausschüssen zugewiesen wurden.

Aktionen der deutschen Sozial- demokraten.

Prag, 16. Feber 1926.

Den Parlamentsbeginn benützten die deut-
schen Sozialdemokraten, um eine Reihe von pa-
lamentarischen Aktionen zu unternehmen.

Es handelt sich um eine Anfrage des Ge-
nossen Dr. Czech wegen der Zurückweisung sei-
nes seinerzeitigen Antrages auf Einberufung des
Abgeordnetenhauses, um eine Interpellation der
Genossen Taub und Diel an den Finanz-
minister wegen der Staatsgebarung für das
Jahr 1926, um eine Interpellation der Genossen
Seeger und Kaufmann an den Minister
für nationale Verteidigung wegen der angeblich
geplanten Erhöhung der Militärdienstzeit, um
eine Interpellation der Genossen Dr. Czech,
Hillebrand und Pohl an die Regierung
wegen der Sprachenverordnung, um eine Inter-
pellation der Genossen Dr. Czech und Hille-
brand wegen der Verschiebung der Abrüstungs-
konferenz und um ein Schreiben an das Prä-
sidium des Abgeordnetenhauses, in dem gegen die
Insinuationen eines Teiles der Presse gegen die
deutschen Sozialdemokraten, betreffend die „Un-
terschriftenfälschung“, Stellung genommen wird.

Die Verhandlungen der Hinta- partei mit der Regierung.

Prag, 16. Feber. Die slowakischen Volks-
parteiler verhielten sich während der Tumulte in
der heutigen Sitzung des Parlamentes ganz ruhig.
Die Ursache dieser Ruhe ist der Umstand, daß
der Klub der Abgeordneten der slowakischen Volks-
partei heute eine Sitzung abhielt, in der über die
Frage der weiteren Taktik des Klubs
referiert wurde. Nachmittags begab sich eine offi-
zielle Delegation des Klubs zum Minister-
präsidenten Svehla, der sie im Regierungssaale
des Abgeordnetenhauses empfing. Während der
Unterredung wurde die slowakische Frage ein-
gehend beraten und es sollen die „informa-
tiven Besprechungen“ mit den Vor-
sitzenden der Regierung fortgesetzt werden.
Im Laufe des Tages besuchten einige slowakische
Abgeordnete auch den Minister Dr. Hodza und
berieten mit ihm über Kirchenfragen.

Das Staatsbeamtengesetz vorgelegt.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Regierungsentwurf des „Gesetzes über die Regelung der Gehalts- und einiger Dienstverhältnisse der Staatsangestellten“, kurz Gehaltsgesetz genannt, vorgelegt. Der umfangreiche Gesetzentwurf, der aus 216 Paragraphen besteht, stellt nicht etwa das Ergebnis der Einigung der Koalitionsparteien dar, die trotz der wochenlangen langwierigen Verhandlungen noch nicht erfolgt ist, sondern ist nur die Verhandlungsgrundlage für die Parlamentsausschüsse oder vielmehr für die verschiedenen Ausschüsse der Koalition. Es wird also an dem Entwurf noch manches geändert werden, bevor er Gesetz wird.

Der Entwurf besteht aus acht Abschnitten. Abschnitt 1 enthält Bestimmungen über Beamte und Angestellte, Abschnitt 2 über die Richter, Abschnitt 3 Professoren und Lehrer, Abschnitt 4 Militär- und Gendarmerieangehörigen, Abschnitt 5 die für alle Kategorien gemeinsamen Bestimmungen, Abschnitt 6 behandelt die Ruhe- und Versorgungsgegenstände, Abschnitt 7 Uebergangsbestimmungen und der letzte Abschnitt enthält einige allgemeine Bestimmungen.

Der Gesetzentwurf beschränkt sich, soweit es sich um seinen sachlichen Inhalt handelt, auf die Regelung der Gehälter der Staatsangestellten im aktiven Dienste und er gilt nicht für jene Angestellten, deren Dienstverhältnisse durch Kollektiv- oder individuelle Verträge geregelt sind oder die nur für zeitlich begrenzte Dienste oder für eine bestimmte Arbeit aufgenommen sind. Die Grundsätze des Gesetzentwurfes sind folgende:

Das Dienstverhältnis

Befehlt 1. aus dem Dienstgehalt, welcher in den Grundgehalt, die Aktivitätszulage und den Erziehungsbeitrag zerfällt, 2. aus eventuellen Naturalzulagen und 3. aus dienstlichen oder persönlichen Zulagen. Außerdem hat der Angestellte das Recht auf Ersatz seiner Dienstaufwendungen. Im Gesetz werden nur die Gehaltsätze angeführt.

Beim Ausmaß des Dienstgehaltes ist der Gesetzentwurf, wie der Motivenbericht mitteilt, vom Stande der Vorkriegszeit ausgegangen. Dieses Prinzip wurde allerdings nur bei den Angestellten der mittleren Gehaltsklassen eingehalten. Das Einkommen dieser mittleren Gehaltsklassen soll dem Realwertkoeffizienten entsprechen, der allerdings unter dem Preisindex steht.

Der Dienstgehalt ist nach Gehaltsklassen abgestuft und wird durch Aufsteigen in die höhere Klasse erhöht. Insgesamt wird der Dienstgehalt beim Beamten der niedrigsten Gehaltsstufe stets nach 3 Jahren zehnmal, in der 6. Gehaltsklasse achtmal, beim Offizier in der niedrigsten Gehaltsklasse zehnmal und in der 7. Gehaltsklasse achtmal, bei Lehrern in der ersten Gehaltsklasse zehnmal erhöht. Bei Richtern und Professoren wird ein Grundgehalt und Funktionszulage unterschieden, die zusammen ungefähr dem Dienstverhältnis des administrativen Beamten der ersten Dienstklasse entsprechen. Der Grundgehalt ist ein einheitlicher und wird nach je 3 Jahren bei Richtern insgesamt neunmal, bei Professoren achtmal und bei den Hochschullehrern sechsmal erhöht. Bei den Bediensteten werden statt der bisherigen zwei Gehaltsstufen nunmehr 3 Stufen eingeführt, wobei der Gehalt stets nach 3 Jahren, insgesamt neunmal erhöht wird.

Neben dem Gehalt wird durchgehend eine Aktivitätszulage gewährt, welche teils nach Dienstklassen, teils nach Gehaltsstufen abgestuft ist. Die Dienstorte wer-

den, was die Höhe der Aktivitätszulage betrifft, in mehrere Klassen geteilt. In die Klasse A gehören Wien, Brünn und Pilsen, in die Klasse B die übrigen Städte mit mehr als 25.000 Einwohnern, in die Klasse C die Orte von 2000 bis 25.000 Einwohnern und in die Klasse D die unter 2000 Einwohnern.

Der Erziehungsbeitrag

wird einestheils nach der Anzahl der Kinder, andernteils nach der Gruppe der Beamten und Bediensteten abgestuft. Er beträgt bei einem Beamten mit einem Kind 1800 K, mit mehr Kindern 3000 K, bei den übrigen Angestellten 1200 bzw. 2100 K.

Einer der Grundsätze des Entwurfes ist auch, daß niemand befördert werden kann, außer wenn ein

Systemisierter Dienstposten

für ihn vorhanden ist. Diejenigen, welche in den Staatsdienst außerhalb einer systemisierten Stelle aufgenommen werden, können nur im Rahmen des betreffenden Kredites aufgenommen werden und haben keinen Anspruch, in ein Dienstverhältnis zu treten, für das eine Stelle systemisiert ist. Die Anzahl der systemisierten Stellen ist in dem Entwurfe nicht enthalten, sie soll festgestellt werden in den einzelnen Ämtern und Ressorts. Die Systemisierung muß von der Regierung genehmigt werden.

Was die Wartefristen

betrifft, werden gegenüber der bisher einjährigen Wartefrist (bei den Professoren 4jährig) neue Wartefristen eingeführt, die nach der vorgeschriebenen Vorbildung abgestuft sind. Je höher die Vorbildung, desto kürzer die Wartefrist. Auch für die Bedienstetenkategorien wird diese Wartefrist eingeführt.

Sofern es sich um Ruhe- und Versorgungsgegenstände

handelt, ist die wichtigste Änderung die, daß die Pensionsgrundlage neu bemessen wird. Die Pensionsgrundlage bilden nunmehr nur der Dienstgehalt und jene Zulagen, welche ausdrücklich als für das Ausmaß der Pension eintreibbar bezeichnet sind.

Was die Höhe der Dienstgehälter

selbst betrifft, beträgt diese bei den Beamten in der ersten Gehaltsstufe 72.000 bis 78.000 K, in der zweiten 54.000 bis 66.000 K, in der dritten 39.000 bis 49.800, in der vierten 30.600 bis 39.000, in der fünften 19.800 bis 30.600 K, in der sechsten 14.400 bis 23.400 K und in der siebenten 9000 bis 18.000 K. Dazu treten Dienstzulagen im Betrage von 900 bis 3000 K und Aktivitätszulagen, die in der ersten Gehaltsstufe 15.000 K, in der zweiten je nach der Größe des Ortes 4956 bis 9000 K, in der dritten 3636 bis 7200 K, in der vierten 2316 bis 6000 K, in der fünften 2148 bis 5100 K, in der sechsten 2148 bis 5100 K und in der siebenten 2148 bis 4800 K betragen.

Bei den Bediensteten beträgt der Dienstgehalt in der ersten Gehaltsstufe 6300 bis 14.400 K, in der zweiten 6300 bis 13.056 K und in der dritten 6300 bis 11.700 K. Die Aktivitätszulage beträgt in der A-Klasse 3600 K, in der B-Klasse 2556 K, in der C-Klasse 2100 K, und in der D-Klasse 1656 K.

Außer dem Gesetz, dessen Inhalt eben angeführt wurde, hat die Regierung noch einen Gesetzentwurf über die Dienstverhältnisse der staatlichen Gemeinde- und Bezirksräte und ein Gesetz über die Regelung der Einkommensverhältnisse der Lehrer vorgelegt.

Das Einkommen der

Amtsärzte

wird so geregelt, daß der Grundgehalt dem Anfangsgehalt der 7. Gehaltsklasse der Staatsangestellten entspricht. Dieser Grundgehalt wird nach 5 Jahren tabelloser Dienstes um 10 Prozent, höchstens aber 5mal erhöht. Grundgehalt und Erhöhung dürfen nicht mehr als 24.000 K betragen, außer wenn die Regierung einen höheren Gehalt bewilligt.

Was die Lehrergehälter

betrifft, so werden für Lehrer im allgemeinen und Religionslehrer 11 Gehaltsstufen festgesetzt, und zwar beträgt die erste 9000 K, die zweite 10.800 Kronen, die dritte 12.600 K, die vierte 14.400 K, die fünfte 16.200 K, die sechste 18.000 K, die siebente 19.800 K, die achte 21.600 K, die neunte 23.400 K, die zehnte 25.200 K und die elfte 27.000 K. Für Sonderschullehrerinnen und Nebenschullehrer werden 10 Gehaltsstufen, und zwar von 9000 bis 24.000 K festgesetzt. Die Aktivitätszulage beträgt bei der ersten Gruppe in der Ortsklasse A 4800 K, in der Ortsklasse B 4080 K, in der Ortsklasse C 3360 K, in der Ortsklasse D 2640 K. In der zweitgenannten Gruppe ist die Aktivitätszulage etwas niedriger.

Der Wortbruch der Regierung.

Botstet unserer Parlamentarier.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stellten die deutschen Sozialdemokraten folgenden Antrag:

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zu erscheinen und Ausführungen darüber zu geben, warum er

seine Erklärung vom 10. Juli 1920, wonach die Sprachenverordnung vor ihrem Inkrafttreten dem Verfassungsausschuß vorgelegt werden sollte,

nicht eingehalten hat,

ferner darüber Bericht zu erstatten, was die Regierung vorzusehen gedenkt, um die Sprachenfrage im Einvernehmen mit den Minderheiten einer solchen Lösung zuzuführen, welche den Lebensbedürfnissen der Minderheiten entspricht.

In der Begründung des Antrages heißt es:

Am 10. Juli 1920 hat der Ministerpräsident in seiner damaligen Eigenschaft als Minister des Innern im Abgeordnetenhaus nachstehende Erklärung abgegeben:

„Ich erkläre, daß es nach dem Fortgang der Arbeiten der Regierung möglich sein wird, bis zur Herbstsession des Abgeordnetenhauses mit allen notwendigen Vorbereitungen für die Herausgabe der Verordnungen über den Sprachgebrauch fertig zu sein. Ueber diese Sprachenverordnung wird sodann im Verfassungsausschuß referiert werden, bevor sie in Kraft treten.“

Trotz dieser Zusage hat die Regierung die von ihr fertiggestellte Durchführungsverordnung

Betrug an den Arbeitslosen

Die kuffiger kommunistische „Internationale“ vom 16. Feber veröffentlicht zur Reife der österreichischen Arbeiterdelegation nach Rußland ein großes Bild auf dem ein russischer Arbeiter die Hand zum Gruß der österreichischen Arbeiter aufhebt. Und unter diesem Bild stehen folgende Worte, die die „Internationale“ den russischen Arbeiter zum österreichischen Arbeiterdelegierten sprechen läßt:

„Willkommen bei uns, im Arbeiter-Rußland. Ich sehe Ihre Betriebe, unser Arbeiterleben und richte Eurem D. Bauer aus, daß wir keine Sehnsucht haben, nach dem österreichischen Paradies auszuwandern. Eure arbeitslosen Genossen aber! Winkt Ihr herüber, Sie sind uns willkommen!“

Also dem arbeitslosen österreichischen oder tsche-

choslowakischen Proletariat kann geholfen werden: er braucht nur nach Rußland auszuwandern und seine Not hat ein Ende; denn dort erwartet man ihn mit offenen Händen und hat Arbeit für ihn in Hülle und Fülle — sollte man meinen, wenn man die „Internationale“ liest.

Anderes wird das Bild, wenn man den „Vorwärts“ liest: (Wir sprechen vom Reichsberger kommunistischen „Vorwärts“.) Dort ist am selben Tage also auch am 16. Feber, das Referat veröffentlicht, das der Moskauer Gewerkschaftsführer Jaglom am letzten Sonntag in Reichenberg hielt. In diesem Berichte befindet sich unter anderem der lapidare Satz:

„Wir haben eine Zahl von 900.000 Arbeitslosen.“

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1928.

Die Goldwäscher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

49 von Emil Droonberg

An einer Stelle nahe dem Eingang standen eine Anzahl Männer und auch zwei Frauen darunter, abgemagert und hungrig. Man konnte es ihnen ansehen, daß dieses Nordland ihre Hoffnungen betrogen und sie an Körper und Seele gebrochen hatte. Die Frauen schienen einer besseren Klasse anzugehören, was man aber nur an den feineren Zügen ihrer blauen und verhärmten Gesichter erkennen konnte. Die eine von ihnen sprach halblaut zu einem Manne, der neben ihr stand und offenbar ebenfalls den gebildeten Klassen angehörte, obwohl Armut und Sorge und Entbehrung in jedem Zuge seines Gesichtes geschrieben stand und seine Augen wie die eines Gehebrten blickten.

Er machte eine Bewegung, als ob er sich McAllister nähern wollte. Doch bevor er den Entschluß aber ausgeführt hatte, zog er wieder und erst ein bittendes „George!“ von seiten der Frau veranlaßte ihn, an McAllister heranzutreten.

„Können Sie mir nicht etwas Mehl und Bohnen ablassen?“ sagte er. „Wir sind am Verhungern. Wir waren zwei Tage lang auf dem Trail und haben seit vierundzwanzig Stunden keinen Bissen zu essen gehabt.“

„Mehl und Bohnen“, erwiderte McAllister spöttisch. „Warum verlangen Sie nicht den Mond vom Himmel, oder den Nordpol, oder sonst eine Kleinigkeit? Zwischen hier und Rom gibt's keine überflüssige Bohne und keine entbehrliche Bohnen-Mehl.“

„Wir müssen aber verhungern, wenn wir nichts bekommen, wiederholte der Mann. „Ich bin bereit, einen guten Preis dafür zu zahlen.“

„Der Preis spielt gar keine Rolle. Alle Vorräte hier sind aufgebraucht und neue Zufuhren können nicht herankommen, bevor der Frost nicht offen ist.“

„Wir müssen aber etwas zu essen haben“, sagte der Mann verzweifelt.

„Ich sage Ihnen, es gibt nichts“, entgegnete McAllister kurz. „Niemand hat für sich genug. Wer hat Sie geheißt, hierher zu kommen ohne Proviant? Sie wußten doch, oder hätten es wissen müssen, daß hier der Hunger herrscht.“

„Was sollen wir denn aber tun?“ fragte der Mann mit fast tonloser Stimme.

„Das kann ich Ihnen nicht sagen. Jeder für sich und der Teufel nehme den Rest.“

„Ist das das ganze Gefühl, das Sie für frange und hungernde Frauen haben?“

Jetzt wurde McAllister böse.

„Gefühl?“ fragte er, vielleicht noch mehr erstaunt als empört über ein solches Verlangen. „Gefühl ist hier im Klondike-Distrikt kein markt-gängiger Artikel. Ich habe genug zu tun, meine eigenen Leute satt zu machen, ohne mich noch mit der Sorge für fremde zu befassen.“

Ein Finger legte sich in diesem Augenblick auf die Schulter des Bittenden, und als er sich umdrehte, winkte ihn Escher zur Seite.

„Sie sind in Not?“ fragte er.

„Lebensmittel?“

„Ja. Wir haben nicht eine Bohne mehr.“

„Und diese Frauen?“

„Meine Frau und ihre Schwester. Mein Schwager ist vor ein paar Wochen gestorben. Augenentzündung.“

„Haben Sie denn nicht mehr Bestand be-fessen, um Ihre Frau mit nach diesem gottver-lassenen Lande zu bringen?“

„Wir dachten nicht, daß es so schlimm sein

würde. Es kam so allmählich, und als es immer schlimmer wurde, war es zur Umkehr längst zu spät. Wir haben Entschwerden durchgemacht — mein Gott, was haben wir alles ertragen — und sind doch noch am Leben. Es ist kein Land mehr da, wo es sich lohnte, einen Claim zu belegen. Alles ist schon in festen Händen. Unten am Bierzig-Meilen-Creek schlachten die Männer ihre Hunde und kochen Suppe von isländischem Moos, das sie unter dem Schnee hervorkragen.“

„Warten Sie ein paar Minuten, ich bin gleich wieder zurück.“

Es dauerte in der Tat nicht länger als ein paar Minuten, bis er mit einem kleinen Sack, der gut angefüllt war, zurückkehrte.

„Hier sind Bohnen und Mehl“, sagte er. „Sie werden eine Woche damit reichen. Bis dahin werden Sie anderweitig Rat geschafft haben.“

In die Augen des Mannes kam ein Blick überströmender Dankbarkeit. Unwillkürlich griff er in die Tasche, um nach dem wenigen Gelde zu suchen, das ihm noch verblieben sein mochte.

„Wollen Sie nicht — wollen Sie nicht —“ stotterte er.

„Keinen Cent, bitte.“

„Dann nehmen Sie wenigstens den Dank eines Mannes, den Sie aus Verzweiflung gerettet haben.“

„Nicht nötig“, wehrte Escher ab.

„Aber Ihren Namen werden Sie mir doch sagen.“

„Wenn Sie es durchaus wissen wollen: Ich heiße Escher.“

McAllister hinter der Bar hatte den Vorgang mit sprachloser Erstaunen beobachtet.

„Heißer Moses!“ rief er jetzt. „Hier ver-schenkt einer Mehl. Hat man so etwas schon ge-sehen? Jetzt braucht bloß noch der Teufel fromm zu werden, dann ist das Elstium, oder wie das Ding sonst heißt, da.“

(Fortsetzung folgt.)

Der „Internationale“ scheint das noch zu wenig zu sein, weshalb sie die österreichischen Arbeiter auffordert, die Zahl der Arbeitslosen in Sowjetrußland zu vermehren...

Der Prager Sowjetvertreter über die Anerkennung.

Dem Prager Korrespondenten der „S. N. N.“ gegenüber äußerte sich der Prager Sowjetvertreter Antonoff-Owsejenko über die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands u. a. wie folgt:

In einem Teil der tschechischen Presse wird die Frage der Anerkennung mit der Frage der gegenseitigen Forderungen verbunden. Diese Darstellung entspricht, soweit sie uns betrifft, nicht den Tatsachen. Die Sowjetregierung beharrt vielmehr bei allen bisherigen Verhandlungen über eine gegenseitige Anerkennung de jure auf dem Prinzip bedingungsloser Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen.

Was die Tschechoslowakei angeht, so kann dieses Prinzip nicht geändert werden. Trotzdem die Forderungen, die wir aus Grund der Intervention der tschechoslowakischen Legionäre im Jahre 1918 stellen können, um ein Vielfaches höher sind, als die der tschechoslowakischen Bürger, die durch die russische Revolution zu Schaden gekommen sind, bemerke ich ausdrücklich, daß wir bereit wären, auf eine vollständige Annullierung sämtlicher gegenseitiger Forderungen mit der Tschechoslowakei einzugehen.

Die unmittelbare politische Bedeutung der Anerkennung von Seiten der Tschechoslowakei stellte Antonoff für die Sowjetregierung selbst in Anbetracht der Tatsache, daß nur noch einige wenige Staaten ihre Anerkennung nicht ausgesprochen haben, als „nicht außerordentlich bedeutsam“ hin.

„Solten hat sich nach gewissen Schwankungen anscheinend entschieden, den Weg einer wirtschaftlichen Annäherung mit der Sowjetunion zu beschreiten. Mit Bezug auf Polen wird daher der Akt der Anerkennung keine besonderen Veränderungen hervorgerufen. Einige Verschiebungen dürften in dem Block, der „Kleine Entente“ genannt wird, zu erwarten sein.“

Diktator Tschechoslowakisches.

Aus Tschechisch-Tscheken wird uns berichtet: Nachdem durch die Entscheidung der Vorkonferenz in zwei Teile geteilt worden und der Bevölkerung des Gebietes unter bestimmten Voraussetzungen das Optionsrecht für einen der beiden Staaten gewährt worden war, hatte es dennoch die tschechoslowakische Regierung unterlassen, dieses Übereinkommen in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen zu publizieren.

ausgesprochen, daß die Optionsfrist erst am 11. Februar 1926 endet. — Aus all dem Gelegenen geht hervor, daß entweder, aus einer Fahrlässigkeit sondergleichen, oder aber aus ganz bestimmten politischen Gründen die Regierung die Veröffentlichung der Entscheidung der Vorkonferenz bis zum 11. Februar 1925 hinausgeschoben hat.

Der „Deutsche Verband“, der aus dem Bund der Landwirte, der deutschen christlich-sozialen Volkspartei, der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der deutschen Gewerkschaften besteht, hat sich Montag konstituiert.

Beneš über die ungarischen Fälschungen.

Das Erpöck des Ministers. — Angebot eines Garantiepattes an Ungarn.

Prag, 16. Feber. In Beantwortung einer von sämtlichen Koalitionsparteien in der Frage der ungarischen Fälscheraffäre eingebrachten Interpellation hat Außenminister Dr. Beneš in einigen Dingen mit Rücksicht auf Staatsinteressen vorläufig zurückhaltend sein zu dürfen.

Der Außenminister gab sodann eine Darstellung über die Entwicklung der Fälscheraffäre seit den Verhaftungen in Amsterdam.

1. Es wurde festgestellt, daß an der Affäre einige bedeutende amtliche Faktoren Anteil hatten. 2. Es wurde festgestellt, daß an den Fälschungen weiter einige gesellschaftlich und politisch hervorragende Personen Anteil hatten.

Die französische Regierung, fuhr der Minister fort, die an der Angelegenheit unmittelbar interessiert war, ging vom Anfang an auf ihre Weise vor. Die tschechoslowakische Regierung mangelte sich auch in keiner Weise in das Vorgehen ein.

1. Einer der heutigen Hauptschuldigen, Radossy, war Untersuchungsorgan in der Affäre der Fälschung ungarischer Banknoten. Er hat auch mitgeteilt, daß die Untersuchung eingestellt wurde und hat im Namen der ungarischen Staatsinteressen verlangt, daß von der Sache nicht geschrieben werde.

2. Sowohl im Parlament und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß als auch in öffentlichen Kundgebungen und Artikeln haben einige ungarische Abgeordnete und einige Zeugen diesen Zusammenhang festgestellt.

3. Die heutige Affäre ist aus derselben Mentalität hervorgegangen, die in den Jahren 1919/21 zur Fälschung tschechoslowakischer Kronen und südlawischer Dinars geführt hat.

Der Minister führt dann vier Fälle der Fälschung tschechoslowakischer Gelder an, deren erster im Jahre 1919 geschah, wo in Wien eine große Menge tschechoslowakischer Banknoten mit gefälschten Stempeln auftauchten.

steht aus je drei Mitgliedern des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen und je zwei Mitgliedern der Nationalsozialisten und der Gewerkschaften neu gewählt. Vorsitzender des Verbandes ist Dr. Spina, Stellvertreter Böhrt und Juna. Dem Vorstande gehören an: Spina, Hodina und Zuleger für den Bund, Lufschla, Mahr-Haring und Böhrt für die Christlichsozialen, Jung und Fahrner für die Nationalsozialisten, Stenzl und Edard für die Gewerkschaften.

wurde später mit Propagandaaufschriften versehen und von ungarischen Agenten in der Slowakei verteilt. Zum Zwecke des Schmuggels waren Visa und Stempel des tschechoslowakischen Vertretungsamtes in Budapest gefälscht worden.

Der letzte Versuch, der ernsteste und weitreichendste, geschah im Jahre 1921. Damals tauchten in Wien Fälschate der tschechoslowakischen 500-Kronen-Noten auf. Unsere Behörden leiteten sorgfältige Nachforschungen ein, die nach Oesterreich führten.

Der tschechische Gesandte übergab am 22. Dezember 1922 und am 15. Feber 1923 zwei Notizen. Die ungarische Regierung ließ beide Notizen unbeantwortet. Die spätere Frankfurter Untersuchung führte uns nun auf neue Spuren und zeigte auch unsere Affäre in neuem Lichte.

Die Antwort auf diese Note erfolgte durch die ungarische Regierung am 28. Jänner 1926. Die ungarische Regierung stellt darin fest, daß das Justizministerium die Untersuchung in der Angelegenheit der Fälschung tschechoslowakischer Noten angeordnet habe, daß diese aber wegen Mangels an Beweisen beendet worden sei.

Wir wollen es vorläufig der ungarischen Regierung überlassen mit Rücksicht auf die neuen Umstände sowohl in der Sache Radossy, als auch in der Sache Maszaros im Hinblick auf die neuen Beweise und Verdachtsmomente die Untersuchung und die jetzige Anklage auch auf diese Affäre auszudehnen.

Was die Fälschungsaktion selbst betrifft, so hat sie internationale-politische Bedeutung durch nachstehende Tatsachen:

- 1. Vor allem wurde von den genannten Faktoren das Fälschen der Noten als eine Waffe zur Schädigung der Nachbarn systematisch verwendet. 2. Die gefälschten Noten wurden namentlich zur Propaganda gegen die Nachbarn sowohl im Auslande als auf dem eigenen Gebiete unter der magyarisierenden Bevölkerung verwendet.

Wegen aller Gründe, die ich im Anfang betont habe, ist der Fall nicht nur kriminell, sondern auch politisch. Er ist politisch wegen der Teilnahme hochgestellter und politisch wichtiger Persönlichkeiten, wegen der Teilnahme amtlicher Organe und wegen der Verwendung amtlicher Lokalfaktoren.

Wir wollen niemanden beschuldigen und verdächtigen, aber wir glauben, daß die ungarische Regierung den besten Beweis ihrer Opposition und dem Auslande den Beweis ihrer Unschuld geben wird, wenn es ohne irgendwelche politische Rücksichten die ganze Wahrheit ans Licht bringt und nachdrücklich alle Schuldigen bestraft.

Auf die Interpellation antwortete ich, daß wir zu jeder Zeit bereit sind, mit Ungarn einen mitteleuropäischen Garantiepakt abzuschließen, ebenso wie er im Westen mit Deutschland abgeschlossen worden ist. Wir sind bereit, in demselben dem Völkerbunde dieselbe Rolle einzuräumen, wie im Westpakt.

Wir behalten uns in dieser Angelegenheit auch ein eventuelles Vorgehen vor dem internationalen Forum vor,

hoffen aber zuversichtlich, daß wir uns direkt einigen werden und daß es in der ganzen Angelegenheit zu keinem ersten Zwischenfalle kommen wird.

Wir halten es aber trotzdem im Hinblick auf die Erfahrungen unserer Organe bei der Untersuchung der Fälscheraffären für notwendig, daß internationale Garantien

für den Fall geschaffen werden, daß sich die Sachen wiederholen sollten. Wir wenden uns daher auch an andere Regierungen und versuchen mit ihnen gemeinsam einen Antrag zu stellen, daß der Völkerbund die Frage überprüfe, wie für die Zukunft durch internationale Zusammenarbeit ähnliche Affären objektiv und ohne Streitigkeiten zwischen den Nachbarn untersucht und erledigt werden sollen.

Die französischen Steuervorlagen angenommen.

Paris, 16. Feber. Die Deputiertenkammer nahm um 6.40 Uhr nach einer die ganze Nacht währenden Sitzung, die nur durch drei kurze Pausen unterbrochen war, den Gesamtkomplex der neuen fiskalischen Quellen mit 268 gegen 146 Stimmen an.

Ministerpräsident Briand, der in den Morgenstunden wieder in der Kammer erschienen war, richtete am Schluß neuerdings einen dringenden Appell an die Kammer, der Regierung und dem Staat die notwendigen finanziellen Mittel nicht zu verweigern, und stellte die Vertrauensfrage.

Finanzminister Doumer schiederte mit treffenden Worten die Lage Frankreichs folgendermaßen: Es erübrigt sich, die Deckung für das Defizit von 2400 Millionen Franken zu finden. Wenn die Deputiertenkammer jetzt den Regierungsvorschlag der Steuer von den Zahlungen abgelehnt hat, wird sie später dazu greifen müssen.

Die Deputiertenkammer vertagte sich bis 23. Feber.

Devientur'e.

Prager Kurse am 16. Feber

Table with exchange rates for various currencies including Dutch Guilder, Reichsmark, Swiss Franc, and others.

Ein völkischer Held.



Der nationalsozialistische Abgeordnete Streicher.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Julius Streicher beschimpfte im bayerischen Landtag den Nürnberger Oberbürgermeister Luppe, einen hervorragenden Vertreter des republikanischen Gedankens in Bayern, derart, daß es darüber zu einer Schlägerei kam. — Der Prozeß Streicher-Luppe kommt übrigens demnächst zur Verhandlung.

Zur Pensionistenfrage.

Vor etwa 10 Tagen wurde der Entwurf des neuen Beamtengesetzes verlautbart. Für die Pensionisten ist von größtem Interesse das letzte Hauptstück, das die neuen Pensionennormen für die Staatsangestellten behandelt. Da wird vor allem ausdrücklich erklärt, daß diese Normen nur für jene Pensionisten Geltung haben, die während der Wirksamkeit dieses Gesetzes in den Ruhestand treten, und die Zeitungen knüpfen daran die Bemerkung, daß es also wieder zwei Kategorien von Pensionisten geben werde; die bisherigen Ruhestandler werden zu Altpensionisten im Gegensatz zu jenen, die nach dem neuen Gesetz zu behandeln sein werden. Es herrscht mithin die Meinung, als ob die jetzigen Pensionisten durch das Gesetz vom 24. Dezember 1924 unter einen Hut gebracht worden wären. Diesem Irrtum muß entschieden entgegengetreten werden. Durch das Gesetz vom Jahre 1924, das ganz fälschlich mit dem Namen „Gleichstellungsgesetz“ belegt wurde, sind zwar die Pensionen nach den Ansätzen, wie sie das Gesetz vom 3. März 1922 vorschreibt bemessen worden, doch ist die Dienstzeit jener Pensionisten, die vor dem 1. August 1919 in den Ruhestand traten, nicht nach dem Oktobergesetz desselben Jahres durchgerechnet worden, so daß der Unterschied zwischen Alt- und Neupensionisten aufrecht blieb. So bezieht ein Lehrer-Altpensionist derzeit um 4188 K weniger als sein Kollege, der vielleicht kürzere Dienstzeit, dafür aber das Glück hatte, zufällig einige Tage später von seinem Amte entbunden worden zu sein. Die sicherlich ganz unerschuldete und deshalb doppelt kränkende Zurücksetzung vererbt sich aber nach seinem Tode auch noch auf seine Frau, da die Witwenbezüge mit der Hälfte der Pension des verstorbenen Gatten berechnet werden, und da nach dem Gesetz vom Jahre 1924 die den Altpensionisten bis dahin gewährten Rotalausfälle sowie die Befreiung von der Personaleinkommensteuer aufgehoben worden sind, so sind jetzt viele Witwen schlechter gestellt als früher.

Nach dieser Aufklärung treten wir an das neue Beamtengesetz heran. Die Regierung legt den Gesetzentwurf vor in der Erkenntnis, daß die jetzigen Bezüge nicht genügen, den Staatsangestellten ein standesgemäßes Auskommen und ein sorgenfreies Alter zu bieten. Die Höhe der Bezüge muß sich ständig den jeweiligen Teuerungsverhältnissen anpassen, darf daher beim aktiven Beamten nicht abhängig von dem zufälligen Datum seines Dienstantritts, beim Ruhestandler vom Zeitpunkt seiner Pensionierung. Während nun die Regierung diese Forderung beim aktiven Beamten als selbstverständlich beachtet, glaubt sie bei den Ruhestandlern verschiedene Grade von Hungerfähigkeit voraussetzen zu können, je nach dem Datum des Entbehrungsdekretes. Durch das neue Beamtengesetz sollen „Neueste Pensionisten“ geprägt werden. Jeden derzeitigen Ruhestandler wird es nach den im Entwurfe angeführten Gehaltsansätzen leicht sein, diese neuesten Pensionistenbezüge zu berechnen und mit den seinen zu vergleichen; er wird finden, daß sie sich den Zeitverhältnissen etwas mehr genähert haben, aber — sie gelten nicht für ihn obwohl die Teuerung auch für ihn gleich fühlbar ist und er seinen Verpflichtungen dem Staate gegenüber sicherlich mit nicht geringerer Gewissenhaftigkeit nachgekommen ist wie sein Nachfolger. Diese, jeder Gerechtigkeit widersprechende Verschiedenheit muß schwinden; jeder Neuregelung der Gehalte der aktiven Beamten muß automatisch die familiärer Pensionisten folgen. Die Reichsverbände der staatlichen Ruhestandler arbeiten an dieser Aufgabe mit unermüdlichem Eifer. Ihren Bemühungen sind bereits einige Verbesserungen zu verdanken (die Gesetze vom 3. März 1921 und vom 24. Dezember 1924); hoffentlich erreichen sie bald ein „wirkliches Gleichstellungsgesetz“. Doch müssen sie in ihrer Tätigkeit unterstützt werden durch eine mächtige Organisation, die alle Ruhestandler ohne Ausnahme umfaßt. Leider stehen

ihr noch viele, besonders unter den Neupensionisten, fern. Vielleicht genügt das Studium des neuen Beamtengesetzes, sie dem Vereine zuzuführen.

Telegramme.

Attentat gegen Bazsoni.

Der Führer der oppositionellen Demokraten unverletzt.

Budapest, 16. Febr. (MTZ.) Gegen den Abg. Bazsoni wurde heute ein Attentatsversuch begangen. In dem Augenblick, als Bazsoni aus dem Hause Theresienring Nr. 38 trat, wo sich seine Advokaturkanzlei befindet, um mit dem vor dem Hause wartenden Automobil ins Parlament zu fahren, wurde er von zwei jungen Leuten, wovon der eine mit einem Stock, der andere mit einem Revolver bewaffnet war, angehalten und mit Schmähungen überhäuft, weil er den Ministerpräsidenten angreife. Passanten verhinderten die beiden Vurschen an Tätlichkeiten. Herbeigeeilte Polizisten führten sie zur Bezirkshauptmannschaft. Bazsoni blieb unverletzt.

Bei dem Polizeiberhör stellte sich heraus, daß der eine der Attentäter ein aus Gdöböll nach Budapest gekommenen Mann, namens Ladislaus Badnai ist. Sein Genosse ist ein gewisser Molnar. Sie sollen auch noch einen dritten Komplizen namens Johann Szabo gehabt haben, der jedoch an dem Attentat keinen aktiven Anteil hatte. Auch ist es ihm gelungen, zu entkommen. Bei der Verhörung des Attentatsversuches machten die Vurschen von ihren Revolvern keinen Gebrauch, und bedrohten mit den Revolvern bloß die angesammelte Menge. Auch Bazsoni hat sich zur Polizei begeben.

Eine Protestkundgebung der Arbeiter.

Budapest, 16. Febr. (Eigenbericht.) Im Anschluß an den Mordanschlag auf den Abgeordneten Bazsoni fordert das sozialdemokratische Organ „Közszava“ die Arbeiterschaft für kommenden Sonntag zu einer Kundgebung auf. Diese soll den angekündigten Demonstrationen der Massenführer zuvorkommen. Es ist dies die erste Arbeiterkundgebung seit den Tagen der kommunistischen Revolution.

Deutschland verlangt Klarheit

über die ständigen Rotalausfälle.

Berlin, 16. Febr. Die deutsche Regierung hat an die Regierungen der Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, ein diplomatisches Weg die Anfrage gerichtet, ob die Absicht bestehe, außer Deutschland noch andere Staaten zu ständigen Mitgliedern des Völkerbundes zu machen.

Der Volksentscheid.

Standalöses Verhalten der Regierung.

Berlin, 16. Febr. (Eigenbericht.) Die Regierung veröffentlicht heute eine Verordnung, wonach die Eintragungssfrist für die Listen zum Volksentscheid, betreffend die Fürstenabfindungen, vom 7. bis zum 17. März festgesetzt ist. Offiziös läßt die Regierung mitteilen, daß sie mit dieser Bekanntgabe nur die gesetzliche Vorschrift erfülle, daß sie selbst aber den Abschluß der Verhandlungen zwischen den Parteien über ein Kompromiß in dieser Frage fördere, damit der Antrag des Volksbegehres auf völlige Enteignung der Fürsten abgelehnt (!) werde.

Mit dieser Erklärung begeht die Regierung eine unerhörte Beeinflussung des Volksentscheids. Sie hat sich zweifellos in diesem Kampfe neutral zu verhalten und darf in dieser Weise nicht gegen ihn Stellung nehmen. Dieses Vorgehen wird noch zu lebhaften Erörterungen Anlaß geben.

Abtretung des Egerer Bahnhofs?

Das tschechoslowakische Pressbureau meldet aus Berlin: Die zuverlässig verlautet, stehen wegen Abtretung des Bahnhofes Eger an die Tschechoslowakei Verhandlungen bevor.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 18. d. M.

Prag, 17. Konzert; 18.15: Deutsche Sendung, Dr. Kettel: Musik in Böhmen; 20.02: Solifantenkonzert. — Brunn, 19 und 20.10: Konzerte. — Paris, 21.45: Konzert. — London, 21.45: Konzert. — Berlin, 21: Vom Walzer zum Scherzo. — Stuttgart, 20: „Das Fest der Handwerker.“ — Leipzig, 20.15: „Die schöne Helena.“ — Breslau, 20.25: Kammermusik. — München, 20: Sepp Sumner-Abend. — Frankfurt, 20.15: Mittelmittel Musik. — Wien, 20.15: Ein Jahrhundert heiterer Wiener Musik. — Zürich, 20.30: Mottetten-Abend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 888, Brunn 521, London 965, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 448, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

In jede Arbeiter- und Gemeindebücherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:

„Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.“

Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

Tagesneuigkeiten.

Höhlenmenschen.

Die illustrierte Beilage des Berliner „Vorwärts“ brachte kürzlich ein Bild: Unter einem Wust von alten Lumpen, Körben, Fellen und ähnlichem Gerümpel, wie es sich auf den Müllablädeplätzen der Großstädte zusammenfindet, lugen aus höhlenähnlichen Löchern ein Mann und ein Weib neuartiger der Kamera entgegen. Höhlenbewohner in Berlin! Wer sollte es glauben!

Der ethnologischen Forschung und der philosophischen Gelehrtheit ist in allernächster Nähe ein bequemes, gefahrloses, ungeahntes Tätigkeitsgebiet eröffnet. Der wilkitionsbessende Aesthet findet sein Ideal des „Jurid zur Natur!“ geradezu reiflos verwirklicht. Man sollte Schulen, Jugendbünden und wissenschaftlichen Vereinen reichste Möglichkeiten zum Studium dieses merkwürdigen atavistischen Phänomens unmittelbar vor den Toren Berlins gewähren. Alle bildungsbesessenen Volksgenossen sollten durch Anwesenheit davon Kenntnis nehmen, daß in der Glanzzeit kapitalistischer Fäulnis Menschenbrüder und Volksgenossen auf die Suche des Höhlenbewohnenden, vorpöhlischen Däwialmenschen zurückgestoßen wurden! Rein, noch tiefer sind sie gesunken, noch finsterner ist ihr Los! Denn die Vorfahren der Menschheit lebten nicht in Höhlen voll Gestank und Schmutz, sondern in den weiten, geräumigen Gewölben, die die Allmutter Natur selbst im Felsen geöffnet hatte. Kunstvolle Wandzeichnungen legen uns Nachsehren Zeugnis davon ab, daß selbst in diesem primitiven Stadium sich ihre Seele schon über des Lebens Notdurft in edlere Sphären erhob. Wie grauenvoll dumpf und verzweifelt muß es dagegen in der Seele der modernen Höhlenbewohner aussehen. Jene Kinder der Natur konnten es ja nicht anders, sie waren noch nicht entwickelt genug, um sich selbst die Wohnstatt zusammenzufügen, — ihre heutigen Nachfahren aber müssen sich umgeben sehen von Wälden und Prachtbauten mit Zimmerluchten, in denen alles wohnungswürdig ist, was menschlicher Geschmack und Geist an raffiniertem Luxus ersann. Der Höhlenmensch in der Großstadt des 20. Jahrhunderts! — wahrlich, „der Menschheit ganzer Jammer faßt uns an!“

Sie glauben es le'b't nicht mehr.

Sind die Christlichsozialen „christlich“ und „sozial“.

Vor dem christlichsozialen Parteitag in Oesterreich veröffentlichte das Tiroler christlichsoziale Arbeiterblattchen „Der Arbeiter“ einen Leitartikel unter dem Titel „Mehr christlich, mehr sozial!“, in dem es zu dem neuen Parteiprogramm der Christlichsozialen Stellung nimmt. Das Blatt schreibt:

Eine ehrliche Gewissensforschung über die Frage: Sind wir noch eine Volkspartei? Sind wir noch christlich, sind wir noch sozial, schafft mehr Vertrauen als neue Programme, die doch nur verraten, daß die Partei angesichts der heutigen abnormen Verhältnisse am Ende ihres politischen Lateins angelangt ist. Gewiß wird bei einer offenen, leidenschaftlichen Erörterung über gewisse Umstände und Erscheinungen die Wählerschaft eher beruhigt als durch das in der heutigen Demokratie so sehr beliebte System des Versuchens. Auch Abgeordnete sind Menschen und können Fehlgriffe begehen und eine Regierungspartei wird es nie allen Ständen und Kreisen rechtmachen können. Es ist eine Schande, wenn die christlichsoziale Partei infolge der Sanierung an Popularität verlor, aber etwas muß doch faul sein im Staat Dänemark.

Wie konnte es kommen, daß heute achtzig bis neunzig Prozent der Beamtenschaft, die doch früher stets zu den staatsbehaltenden Elementen gehörte, im roten Lager stehen? Ist daran die christlichsoziale Partei ganz unschuldig? Wie kommt es, daß die Gendarmerie fast zur Gänze ihre berufliche Interessenvertretung sozialdemokratischer Führung anvertrauen konnte? Warum macht die alte Bueger-Partei heute in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten so gar keine Fortschritte mehr? Das christliche Bestreben, den unteren Ständen soziale Hilfe zu bringen, hat die Partei einst groß gemacht, aber heute hat dieses Prinzip seine alte Zugkraft eingebüßt.

Banken und Großkapital, Börsenmänner und Industrielle, scheinen den Ton anzugeben. Das arbeitlose Einkommen erfährt mehr Schutz und Förderung als der Existenzkampf der notleidenden Arbeiter u. Angestellten. Man findet es in der Ordnung, obwohl es ein

Wucher ist, wenn ein paar christliche Advokaten für ein paar Tage Bemühungen um die Sanierung einer bekannten Bank an Provisionen mehr einkleben, als ein Tagelöhner Arbeiter und Angestellte in fünf Jahren verdienen.

So urteilen die Eingeweichten. Taufernde Arbeiter und Angestellte aber fallen auf den Schwanz herein und lassen sich von der weder christlichen noch sozialen Partei der Börsenkapitalisten einfangen.

Antialkoholismusausstellung in Komotau.

Der rührigen Ortsgruppe Komotau des Arbeiter-Abstinenzbundes ist es gelungen, im Rahmen des Stadtbildungsausschusses eine Ausstellung gegen den Alkohol zu veranstalten, die sich eines starken Zuspruchs erfreut und ein voller Erfolg für die Abstinenzbewegung zu werden verspricht. Die Ausstellung, die im städtischen Sitzungssaale untergebracht ist, bietet überaus reichhaltiges Material über die schädlichen Wirkungen des Volksgiftes Alkohol. In zahlreichen Tabellen ist anschaulich der Beweis erbracht, welche gefährlichen Folgen der Alkoholgenuß mit sich bringt. Erhöhte Sterblichkeit, größere Erkrankungs- und Unfallgefahr, Verminderung der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit sind der Hauptpreis für die zweifelhafte Freude, die der Genuß von Bier, Wein und Schnaps angelisch verschafft. Verbrechen und Wahnsinn sind die letzte Etappe in der Laufbahn des notorischen Träufers, der auch fast immer sein Leben im Zuchthaus oder in der Irrenanstalt beschließt. Einige statistische Tafeln widerlegen trefflich das von den Gegnern der Abstinenz oft gebrauchte und lächerliche „Argument“, daß Alkohol in geringen Mengen genossen, unschädlich wirke, ja sogar „nahrhaft“ sei. Welch ungeheure Summen dem Alkoholkapital zuzuflehen und wieviele soziale Einrichtungen hierfür geschaffen werden könnten, wird gleichfalls gezeigt. Jeder Gewohnheitstrinker könnte sich alljährlich eine der beiden schönen Säckereien, die in der Ausstellung zu sehen sind, anschaffen, wenn er vom Teufel Alkohol lassen würde. Ein Stadtplan von Komotau, in dem die Alkoholschankstätten eingezeichnet sind (es sind nicht weniger als 150, so daß 140 Einwohner eine Schenke erhalten müssen), vervollständigt das reichhaltige und gut geordnete Ausstellungsmaterial. Die Ausstellung bleibt in der Woche vom 14. bis 21. Febr. ganzjährig geöffnet. Alle Komotauer Schulen veranstalten Exkursionen, in den Abendstunden finden Führungsvorträge für Erwachsene statt, für die sich eine ganze Reihe heimischer Ärzte bereitwillig zur Verfügung gestellt haben. Dadurch werden weite Kreise der Bevölkerung erfasst und somit ist zu hoffen, daß die Ausstellung wesentlich dazu beiträgt, der Enthaltensbewegung neue Freunde, neue Kämpfer für die gute Sache zu gewinnen. Es wäre nur wünschenswert, daß auch andere Städte dem Komotauer Beispiel folgen.

Die Erhaltung des deutschen Besitzstandes gilt seit den ruhmreichen Tagen des Nationalverbundes im alten Oesterreich — als ein wesentliches Merkmal der Güte jener deutschbürgerlichen Politik, die das Deutschland, soweit die deutsche Junge reich, seit eben jenen Tagen gepachtet hat und es daher dem Andenken der immer noch eintrinkenden Vorfahren, ferner Botan und in neuester Zeit auch Lindström, Hitler und Gattermayer schuldig ist, daß alles, was deutsch ist, auch deutsch bleibt. Auf diese Weise bleiben dem Deutschland beispielsweise auch alle Efel, Dachsen und sonstigen Hausiere, mit deren Namen der Volksmund gewisse Exponenten der genannten politischen Richtung zu bezeichnen pflegt, erhalten. Nur in einem haben die Deutschbürgerlichen bei ihrem Kampfe um die Erhaltung des deutschen Besitzstandes versagt: nämlich bei dem Hauptpunkt ihres Programms, der tatsächlichen Erhaltung des Besitzstandes in deutschen Händen. So paradox diese Behauptung klingen mag, da sie gerade das Gegenteil dessen feststellt, was die Deutschbürgerlichen zu erreichen vorgeben — sie läßt sich durch eine unheimliche Reihe von Beweisen erhärten. Vor nicht allzu langer Zeit ging in Prag von dem bereits an sich geringfügigen „deutschen Besitzstand“ bekanntlich das Haus des „Cajé Elektra“ stören, deutsche Agrarier verschachteten es an einen tschechischen Hotelbesitzer. Und kaum ist ein wenig Gras über diese blamable Affäre gewachsen, so erleidet der deutsche Besitzstand in Prag einen neuerlichen Verlust: Das Hotel „Blauer Stern“ am Graben, eine der letzten deutschen Gaststätten in Prag, ist dieser Tage um rund 25 Millionen an die Zivnobanka, die Bank der tschechischen Nationaldemokraten, verkauft worden. Die Zivnobank hat das Hotel erworben, um für alle Fälle Raum für die Erweiterung ihres Bürogebäudes, das neben dem Hotel liegt, zur Verfügung zu haben. Diesem Zwecke haben also die deutschen Besitzer des Hotels mit dem größten Vergnügen, das durch die Millionenkaufsumme sicherlich nachdrücklich gesteigert wurde, einen Teil des „deutschen Besitzstandes“ in Prag geopfert. Und keine Hand hat sich gerührt, um diese Sünde wider Botan zu verhindern. Genau so wie beim Verkauf des „Elektra“-Gebäudes. Im Nachhinein wird man dann mit Ausreden kommen. Es bewahrt sich eben wieder einmal die Tatsache, daß es den Deutschbürgerlichen um die Erhaltung des deutschen Besitzstandes nie ernstlich zu tun war, daß sie vielmehr seit jeher diese schöne Phrase zum Einschlafen der Massen und den deutschen Besitzstand zum Ruhhandel mit dem „Erbfeind“ aishbraucht haben.

Spendenaussweis für die ärmste Familie im Böhmerwald auf Grund der in der Parteipresse erschienenen Artikel: Otto Umlauf, Bodenbad, 200 K.

Sind die Sowjetbetriebe sozialistisch?

1 1/2 Millionen Arbeitslose. — Konflikte in den Betrieben. — Der Achtstundentag auf dem Papier.

Von der kommunistischen Presse wird ständig das Märchen kolportiert, daß die russischen Sowjetbetriebe, die von der kommunistischen Regierung und ihren „Roten Direktoren“ verwaltet werden, sozialistische Betriebe seien. Diese Anschauung, die wir stets mit gutem Recht bekämpft haben, ist nun auch auf dem kommunistischen Parteitag in Moskau auf das entschiedenste widerlegt worden, und zwar von keinem Geringeren, als von dem Vorsitzenden des Petersburger Gewerkschaftsrates, dem Arbeiter Glebow-Awilow. Das offizielle Gewerkschaftsorgan „Trud“, Nr. 15, veröffentlicht aus seiner Rede, die die eingehendste Beachtung verdient, folgenden Auszug:

„Genossen! Sind die Formen unserer Entlohnung, sind die Formen der Arbeitszeit Formen eines sozialistischen Betriebes?“

Sind die Beziehungen der Betriebsleitung zu den Arbeitern und der Arbeiter zu der Betriebsleitung, insbesondere, wenn diese unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftswirtschaften handelt, wie das hartnäckig von Tonki (dem Vorsitzenden des Allrussischen Gewerkschaftsrates, D. R.) gefordert wird, charakteristisch für einen sozialistischen Betrieb?

Betrachten wir den Arbeiterschutz, so können wir konstatieren, daß wir 1,5 Millionen Arbeitslose haben, und daß die Einstellung und die Entlohnung von Arbeitern keineswegs in einer Weise vorgenommen wird, wie das in Betrieben „konsequent sozialistischer Art“ der Fall sein müßte.

Ein Wort noch über die Konflikte in den Betrieben. (So werden in Rußland Schichtarbeit bezeichnet, D. R.) Ihr wißt, daß zur Zeit in Moskau Angaben veröffentlicht worden sind, wonach im ersten Halbjahr 1925 jedes sechste Mitglied der Gewerkschaften in einen Konflikt hineingezogen war, das heißt, vor dem Schiedsgericht, vor dem Schlichtungsausschuß usw., stand. Des alles mit Ausnahme jener Konflikte, die von den Konfliktkommissionen in den Betrieben entschieden wurden. Spricht das alles dafür, daß wir sozialistische Betriebe haben? Keineswegs.

Man ruft mir hier zu: „Wie steht es in Leningrad?“ Genossen, in Leningrad liegen die Dinge genau so, und im wesentlichen herrschen in der ganzen Sowjetunion dieselben Verhältnisse. Na, und schließlich ist die Tatsache, daß 20 v. H. aller Beschäftigten bei uns Überstunden machen, und dadurch den Achtstundentag erhöhen, keine Gott weiß wie große Errungenschaft eines sozialistischen Betriebes.“

Wo bleibt der Achtstundentag in Rußland?

Von Oktober bis Dezember 1925 hat eine besondere Kommission unter Teilnahme von Ge-

werkschaftsvertretern die Arbeitsbedingungen im Don-Beden, dem wichtigsten Kohlenrevier Rußlands, untersucht. In Nr. 13 des „Trud“ wird nun ein Bericht dieser Kommission veröffentlicht, in dem unter anderem mitgeteilt wird, wie die Bestimmungen über die Arbeitszeit im Don-Beden umgangen werden. Es heißt in diesem Bericht:

„Die Kommission prüfte die Bücher, in denen die Ein- und Ausfahrzeiten der Arbeiter eingetragen werden, sie befragte die Arbeiter selbst und stellte auch während der Arbeitszeit Beobachtungen an. Auf diese Weise gelang es ihr, festzustellen, daß die Arbeitszeit der Untertagearbeiter nicht weniger als 7 1/2 Stunden (statt der gesetzlich festgesetzten 6 Stunden) beträgt.“

Es wird aber auch der achtstündige Arbeitstag nicht eingehalten. So arbeiten auf einigen Bergwerken die Pferdewächter, die Aufseher, die Wächter und Reinigungsarbeiten 12 Stunden, und zwar in der Grube Weika 118 Mann, in der Kyslow-Grube 65 Mann.

Auf vielen Bergwerken haben die Maschinisten der Aufzugsmaschinen, die Wächter und zahlreiche andere Gruppen der Arbeiter überhaupt keine achtstündige wöchentliche Ruhepause.

In allen Gruben werden ferner in bedeutendem Umfange Überstunden gemacht. So schwankte im vorigen Jahr im Monatsdurchschnitt die Zahl der Überstunden machenden Arbeiter zwischen 27 und 43 v. H. aller Arbeiter.“

Nach diesen amtlichen Feststellungen ist die Annahme wohl allzu berechtigt, daß die von den Kommunisten verherrlichte soziale Organisation in Sowjetrußland zum größten Teil nur auf dem Papier besteht. Diese Annahme wird bestätigt durch die Feststellungen in der Sitzung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes nach Anhörung des Berichtes der eben erwähnten Untersuchungskommission gemacht wurden:

„Die Kommission hat anerkannt, daß die Sicherheitsmaßnahmen sich in einem bedrohlichen Zustande befinden, und daß die gesundheitlichen Verhältnisse äußerst unbefriedigend sind. Das Gehalt der Arbeit wird hinsichtlich des Sechstundentages (unter Tage) sowie des Achtstundentages, der achtstündigen wöchentlichen Ruhepause und des Schutzes der Jugendlichen systematisch verletzt. Die Überstunden werden in großem Umfange angewandt, wobei alle gesetzlichen Vorschriften verletzt werden.“ („Trud“ vom 9. Jänner.)

den Leningrader Zeitungen, die diese Verordnung publizieren, ist nicht gesagt, welche von den alten Autoren zu den „schädlichen“ gehören. Es verläutet jedoch, daß „Schädliches“ selbst bei Puschkin, Turgenjew und Tolstoi gefunden wurde.

Einer der Wittenbachischen Auktionen, Mar Emanuel, hat sich um die Finanzierung des Wittenbachischen Hausvermögens ganz besondere Verdienste erworben. Obwohl ihm die Landstände im Jahre 1721 rund acht Millionen Gulden (13.714.000 Mark) zur Einlösung der als Folge einer beispiellosen Luder- und Märrerwirtschaft verpfändeten Juwelen und zur Tilgung seiner Schulden bewilligt hatten, hinterließ er bei seinem Tod doch noch 30 Millionen Gulden an Verbindlichkeiten. Die Kosten der Hofhaltung betragen in dem damals durch Krüge völlig ausgefaulten Land jährlich 2.120.000 Gulden, dazu kamen Extraausgaben von 4.601.000 Gulden. Die braven Untertanen haben es sich nicht nehmen lassen, in zwei Menschengenerationen die Schulden ihres Kurfürsten abzutragen.

Ueber die Verleihung der „Goldenen Kammermedaille“ meldet das Buchhändler-Wochenblatt aus Bayern: „Anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Bilsener Handels- und Gewerbelammer wurden außer dem Präsidenten und Vizepräsidenten der Kammer auch noch dem Handelskammerrat und Präsidenten der Ersten Bilsener Aktienbrauerei, Herrn Bayer, die Goldene Kammermedaille verliehen.“ Sollte dieser neue Ordensstern auf dem Boden dieses Staates gewachsen sein oder im bayerischen Hochland?

Ein Erdbeben vollzieht sich seit einigen Tagen bei Schwendi im Innkreis in Deutschösterreich. Der Rutsch schreitet langsam aber ununterbrochen weiter und erstreckt sich über 1800 Quadratmeter. Die Ortschaft Schwendi ist ernstlich gefährdet; die Grundmauern einiger Gebäude sind bereits eingedrückt.

Ein mitaltärer Raubüberfall ereignete sich in Nürnberg. Der Kassenbote einer Getreidefirma wurde mit seiner Geldtasche, in der eine Summe von 18.000 Mark verhandelt war, überfallen und ausgeraubt. Der Ueberfallene konnte jedoch dem Missethender folgen und um Hilfe rufen. Ein Kriegsinvalide stellte sich dem Räuber in den Weg, brachte ihn zu Fall und hielt ihn mit seinem linken Arm fest, bis ihn eine Polizeistreife erfassen konnte.

Dreilunddreißigmal wurde die Berliner Feuerwehrlin in Laufe des vergangenen Sonntag und der Nacht zum Montag alarmiert. Zahlreiche Kellerbrände, Gasexplosionen und Gasvergiftungen wurden gemeldet.

Durch einen Wollenbruch ist ein Dorf in der Nähe der Stadt Pittsburg im Staate Kentucky vollständig vernichtet worden. Tausende Personen kamen bei der Katastrophe ums Leben.

Unmenslichkeit. Wie die Blätter melden, fand ein Zwickauer Arbeiter der Bahn von Falkenberg gegen Grabsitz dieser Tage bei einem Dienstage in der Nähe der Verladungsstelle des Mathias- und Mariabühlchtes bei Zwodau auf den Schienen einen etwa dreijährigen Knaben, dem die Hände und Füße mit einer Schnur zusammengebunden waren. Der Wächter fragte das Kind, wo seine Mutter sei. Es antwortete: „Die ist nach Zschopolden gegangen.“ Von der Mutter fehlt jede Spur.

Selbstmordversuch im Prager Landesgericht. Gestern hatte sich vor einem Senat des Prager Landesgerichtes der 21jährige Luboslav Bielek in geheimer Verhandlung wegen Beleidigung des Präsidenten der Republik zu verantworten. Er hatte während der Verhandlung ein auffallendes Wesen an den Tag gelegt, so daß der Staatsanwalt den Antrag zur Untersuchung des Geisteszustandes stellte. Als sich die Richter zur Beratung zurückgezogen hatten, begann der Angeklagte plötzlich sein Halsband zusammenzuschneiden, es fest zuzuziehen, und auf seinem Platz zu warten. Der Staatsanwalt, der dies bemerkte, sprang auf Bielek zu und mit Hilfe zweier Polizisten gelang es, dem Angeklagten schnell das Halsband zu lösen. Bielek konnte sich lange Zeit nicht beruhigen und erklärte, den Selbstmord neuerdings versuchen zu wollen.

Seefischen am Bodensee. Am Montag nachmittag wurden in Lindau, Langenargen und Breunz heftige Kanonenschußartige Explosionen gehört. Wie von der Wetterwarte in Langenargen feststellt wurde, handelt es sich um ein sogenanntes „Seefischen“. Dieses Naturereignis kommt am sogenannten „Hörnlimondbach“, das etwa 10 Kilometer westlich von Lindau und etwa 200 Meter vor der Einmündung der Argen im Bodensee gelegen ist. Es ist dies die tiefste Stelle des Bodenseerandes; sie bildet ein trichterförmiges Loch, das zu einem Krater im Erdinnern führt. Sobald größere Wassermassen in diese Erdrinne eindringen, wird der Trichter bis zum Ziehpunkt erhöht und dessen Wasserinhalt in Form einer Explosion nach oben geschleudert. Das Institut für Bodenseeforschung wird eine genaue Untersuchung dieses neuesten „Seefischens“ durchführen.

Ruhgebiet in Amerika. Die von der amerikanischen Regierung ausgebauten gigantischen Kraftanlagen der Muscle-Shoals-Talsperren in Alabama wird die Entstehung eines hochindustriellen Gebietes im Stil der deutschen Ruhr nicht auf der Basis der Kohle, sondern auf der der Wasserkraft und der Elektrizität zur Folge haben. Vor allem die Bundesarmee der Vereinigten Staaten hat sich um die Erschließung des neuen Industriegebietes große Verdienste erworben. Oberst Cooper, der Chefingenieur des jetzt fertiggestellten großen Wilson-Dammes, einer Art Stauanlage der Muscle-Shoals-Talsperren, ist der Ansicht, daß das Tennessee-Tal allein 20 Prozent aller ausbeutungsfähigen Wasserkraft in den Vereinigten Staaten birgt. Unter der Leitung zweier Majore des Geniecorps der Bundesarmee wurde das ganze Gebiet vermessen und hunderte von Karten für die wasserbautechnische Ausbeutung des Gebietes hergestellt. Dabei leisteten Flugzeuge für photographische Aufnahmen einen hervorragenden Dienst. Das Tennessee-Tal wird sich also zweifellos zu einem der wichtigsten Industriezentren der nordamerikanischen Union entwickeln, da es außer seinen Wasserkraften außerdem reich an Naturprodukten ist, an Kohle, Eisenstein, Kupfer und Zink. Es ist unrichtig von ausgedehnten Mais- und Baumwollfeldern, und der gewaltige Holzreichtum des Südens liegt förmlich vor seiner Tür. Das künftige Ruhgebiet der Vereinigten Staaten soll als atlantischen Seehafen die Stadt Mobile am mexikanischen Golf erhalten und durch einen Kanal mit dem Tennessee-Fluß verbunden werden.

Prager Chronik. In der Gutmogasse fiel vom Dach des Hauses Nr. 861 ein Ziegelstein dem Geschäftsfreisenden Jaroslav Konvalinka aus Tomaszow auf den Kopf und verletzte ihn tödlich. In sterbendem Zustand wurde Konvalinka ins Krankenhaus gebracht. Der Ziegel lösterte sich durch die Erschütterung beim Durchfahren eines schwerbeladenen Lastautos durch die Gasse. Das Bauamt der Stadtgemeinde wurde von dem Unglück sofort verständigt. — Die Prager Feuerwehrlin wird in der nächsten Zeit für den Feuerlöschdienst mit Rauchmasken des modernsten Systems ausgerüstet werden, deren verschiedene Arten eben mit Erfolg ausprobiert wurden. Es sind dies einerseits Masken aus dünnem Drahtgewebe, in welchen Watte die Stelle von Filtern vertritt, andererseits Masken für schwere Fälle mit einem chemischen Filter. Die bei den Proben erzielten Erfolge mit diesen Masken waren sehr gut. Trotzdem werden in brennenden Räumlichkeiten, in denen auf Grund einer schnellen chemischen Probe ein größerer Inhalt von Kohlenoxyd als 12 Prozent festgestellt wird, auch weiterhin die sauerstoffzeugenden Atmungsapparate benötigt werden.

Wetterbericht vom 16. Febr. In den Niederungen der Republik hielt Montag das rauhe, dabei aber ruhige und neblige Wetter an. Die Temperaturen sind weiter zurückgegangen. Prag hatte gestern den dritten kältesten Tag des Monats, doch war das Temperaturmittel noch um 1,7 Grad übernormal. In den letzten 24 Stunden stieg das Thermometer an den meisten Stellen der Republik nicht über plus 3 Grad Celsius, nachts blieb es nahe 0 Grad. Nur einzelne Landstriche im Süden und Südosten des Staates, wo sich die Nebeldecke geteilt hatte, hatten die Temperaturmaxima plus 5 bis plus 7 Grad Celsius. Im Westen Böhmens fiel in der Nacht auf heute etwas Schnee. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Teilweise verringerte Bewölkung, keine oder nur leichte Niederschläge, etwas wärmer, Südwestwind.

Genosse Rottmann gestorben. Aus Tscheschisch-Teschchen wird uns geschrieben: Ein alter Vertrauensmann, ein aufrechter Kämpfer, ist von uns gegangen. Moritz Rottmann, der von Jugend an in der Arbeiterbewegung stand, war über 30 Jahre in der Tscheschisch-sozialdemokratischen Partei tätig. Lange Jahre war er Obmann der Buchdruckerorganisation, war Vertrauensmann der früheren Bezirksorganisation Tscheschisch, Berichterstatter der Tscheschisch „Volkstimme“. Als im Jahre 1908 die Bezirkskrankenkasse erobert wurde, wurde er zum Direktor gewählt. Dort hatte er Gelegenheit, im Interesse der Arbeiterschaft Ersprießliches zu leisten. Im Jahre 1913 wurde er in den Gemeinderat entsendet. Nach dem Zusammenbrüche begann er zu kränkeln. Die schleichende Krankheit fesselte ihn oft ans Bett. Trotz der furchtbaren Schmerzen widmete er sich, so lange es nur möglich war, der Partei. Der Tod kam dem erst 52 Jahre alten Kämpfer als Erlöser. Die Leiche wurde Dienstag, den 16. Febr., im Ustrauer Krematorium den Flammen übergeben. Die tscheschische Partei wird ihrem alten Streiter immer ein ehrendes Andenken bewahren.

„Goldene Jugend“ nennt sich jener Nachwuchs der Bourgeoisie, der durch besonders originell kein seltene Betätigung des auf Grund der väterlichen materiellen Sicherstellung vorhandenen Ueberflusses an Lebenskraft und Lebensmut beispielsweise für Gleichgesinnte sein will. Diese Betätigung äußert sich dann auf folgende Weise: Ein Geschäftsmann in Jwidau erhielt dieser Tage einen Erpressungsbrief, in welchem er aufgefordert wurde, einen Betrag von 1000 Kronen an einer bestimmten Stelle im B. B. zu hinterlegen. Obwohl die Stelle, wohin der betreffende Geschäftsmann ein Akbort mit Papierschmibel gelegt hatte, von der Gendarmerie bewacht wurde, ist das Akbort doch zur bestimmten Zeit im geheimen abgeholt worden. Der Geschäftsmann erhielt daraufhin einen Brief, in welchem ihm mit dem Tod gedroht wurde. Bei einem zweiten Versuche, das Geld zu beheben, wurde der Erpresser verhaftet und in ihm ein junger Dursch aus einer angesehenen Jwidauer Familie festgestellt. Man fand bei ihm einen geladenen Revolver und einen Dolch. Er gab an, daß er ein Filmdrama einmal auch in Wirklichkeit erleben wollte. Hoffentlich findet dieses „Filmdrama“ seinen Abschluß damit, daß dem jungen Mann reichlich Gelegenheit geboten wird, das Leben im Ritzchen nicht bloß erleben zu wollen.

Eine Affäre des Raskauer Bürgermeisters. Der Raskauer Bürgermeister Dr. Paul Novak hat über Drängen seiner politischen Freunde den Vorstoß der dortigen Organisation der tschechoslowakischen republikanischen Partei niedergelegt. Dieser Schritt wird mit der Vergabe der Ausbeutung der städtischen Wälder an die Firma Blum und Rot, welche die Adolantenkanzlei des Bürgermeisters vertritt, in Zusammenhang gebracht. Dem Bürgermeister wird auch zum Vorwurf gemacht, daß in seiner Kanzlei der Vertrag über den Austausch von Grundbesitz der Stadt Raskau in Ungarn gegen Eigentum des magyarischen Ministers Csaky in der Slowaki verfertigt wurde. Der Baukautmann von Raskau, Dr. Slavik, wird den Beschluß der Raskauer Stadtvertretung wegen der Ausbeutung der städtischen Wälder, weil er für die Stadt ungünstig ist, nicht genehmigen.

Pfarrer, Lehrer und — Antenne. In Deutschland kann der Lehrer die Erteilung des Religionsunterrichtes ohne Angabe der Gründe ablehnen. Wie es dabei einem Lehrer in dem Konfessionsbayerland, das gewissen politischen Kräften bei uns als erstrebenswertes Ziel erscheint, ergehen kann, zeigt folgender Bericht der „Allgemein Deutschen Lehrerzeitung“: Der katholische Lehrer A. erhält die Schulstelle in dem Fiktaldorf C. einer größeren Pfarzgemeinde im Altbayerischen und teilt vorchriftgemäß dem Pfarrer mit, daß er nicht gewillt sei, ihm den Bibelunterricht abzunehmen. Darauf schickt ihm dieser folgendes Schreiben, das wir mit seiner ganzen pfarrherrlichen Eigenart im vollen Wortlaut wiedergeben:

„Ich werde den Unterricht in Religionslehre und Bibel erteilen am Donnerstag vormittags um 10 Uhr Montag nachmittags 1—3 Uhr. Aber wegen der Weg-, Höhen- und Witterungsverhältnisse kann, auch wenn ein Hilfsgeistlicher da ist, keine Gewähr gegeben werden, daß diese Stunden nicht auch manchmal ausfallen. Eben wegen der genannten Verhältnisse, besonders auch wegen Gottesdienstes und Seelsorge, wird niemand eine Pflicht aufladen können zu Ersatz dieser Stunden, wenn sie ausfallen müßten. Es wäre für Sie kein Nachteil gewesen, wenn Sie die Bibelstunden übernommen hätten. Ich bin seit 1901 hier, und in dieser ganzen Zeit war Entgegenkommen vorhanden auf Seite von Lehrer und mir. Denn hier bei dieser vermöglichen Kirchenstiftung hat der Pfarrer ein rechtes Wort. Ihre Handlungsweise entbindet mich von Rücksichtnahme in dieser Hinsicht, läßt es mir aber auch rasam erscheinen, der Errichtung einer höchstlichen Niederlassung mit Schule mehr Eifer zuzuwenden.“

Der Schlußsatz ist zwar am ursprünglichen Text durchstrichen, aber so, daß er wohl lehrlich erscheint. Nun wollte der Lehrer bei Einrichtung einer Radiolage den Antennenstrahl am Kirchturm befestigen und ersuchte den Geistlichen um Zustimmung hierzu, die mündlich gegeben wurde, so daß die Einrichtung erfolgte. Bald darauf erhielt der Lehrer nachstehende Zuschrift des Pfarramtes:

„Auf die Anfrage bezüglich Betreffs vom 28. August (1925) wird erwidert, daß wir in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse der Freisinger

Bischofskonferenz die Anbringung von Radioantennen an Kirchen und Kirchtürmen grundsätzlich nicht gestatten. Das Gotteshaus darf nicht profanen Zwecken dienen, am wenigsten solchen, deren nähere Gestaltung sich der kirchlichen Kontrolle entzieht. Zudem könnte die Antenne in Kriegs- und Unruhezeiten der Kirche sehr gefährlich werden.“

Bischoff. Ordinariat. Zusatz des Pfarrers: B. R. S. an Herrn Lehrer A. in C. mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme dieser umstehenden Entschließung durch Unterschrift. Demnach ist der Antennenstrahl von Turm und Kirche zu entfernen. Sofern Teile der Antenne auf Grundstücken der Kirche stehen, wird eine endgültige Bewilligung von Bedingungen abhängig gemacht, z. B. Erteilung des Bibelunterrichtes. Katholisches Pfarramt C. B. Pfarrer.“

Zu den beiden Zuschriften, die nebenbei gesagt, Mutterfäße für den Sprachverein wären, ist wohl nichts hinzuzusetzen. Sie beleuchten trefflich die Lage in einem Lande, wo die Kirche wieder zur erstrebten Macht gekommen ist.

Die nationale Festseuche. Der Bayerische Städtebund hat in einer Erklärung, die sich gegen die allgemeine Festseuche wendet, betont, daß er in der Uebernahme von Festlichkeiten, auch wenn sie nationale, sportlichen oder ähnlichen Zielen zu dienen vorgeben, eine mit der gegenwärtigen Wirtschaftsnicht vereinbarte Krankheitserscheinung sieht. Er will daher an der Bekämpfung dieser Auswüchse mitarbeiten und rät den Städteverwaltungen, Einladungen zu Festlichkeiten abzulehnen. Auch die Ueberzahl der Heimatsfestspiele wird als unerfreuliche Erscheinung bezeichnet. — Die nationale Festseuche ist auch hierzulande vorhanden. Wenn durch festliche Veranstaltungen das deutsche Volk „gerettet“ werden könnte — die nationalen Festspiele hätten's längst erreicht. Was in diesem Hinsicht z. B. von nationaler Seite an Festlichkeiten geleistet wird, ist riesig viel.

Bildungsdiplomat. In Leningrad haben sämtliche 120 Volkbibliotheken die Vorchrift erhalten, bis Ende Febr. die ganze belletristische Literatur aus der Weltkriegszeit zu entfernen. Falls nach diesem Termin in den Bibliotheken die alte „schädliche“ Literatur noch zu finden sein wird, sollen die Bibliotheksleiter zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. In

Volkswirtschaft.

Die Verbindlichkeit der Kollektivverträge.

Standpunkt des Prager Gewerkschaftsrates.

Durch eine Plenarentscheidung des Obersten Gerichtes vom 24. November 1925 wurde, wie wir schon berichtet haben, ausgesprochen, daß in Unternehmungen, wo Kollektivverträge bestehen, nichtbestehender individuelle Verträge abgeschlossen werden können, die einen Nachteil für die Arbeitnehmer gegenüber dem Kollektivvertrag bedeuten. Diese Entscheidung hat den Gewerkschaftsrat für Groß-Prag dazu veranlaßt, eine Veranung einzubringen, die am Sonntag stattgefunden hat. Es sprachen die tschechischen Sozialdemokraten Dr. Langer und Prásek. Die Referenten wiesen darauf hin, daß in einer Reihe von Staaten, wie der Schweiz, Deutschland und Oesterreich, die Verbindlichkeit der Kollektivverträge gesetzlich festgelegt ist, und daß es auch in der Tschechoslowakei zu einem solchen Gesetz kommen müsse. Dieser Standpunkt wird auch in der Entscheidung, welche die Veranung annahm, festgehalten. Es wird die rascheste Vorlage des Gesetzes über die Kollektivverträge verlangt, in der die Gewerkschaften als Träger des Tarifrechtes anerkannt werden und in denen ausgesprochen wird, daß Einzelverträge, die schlechtere Bedingungen für die Arbeitnehmer enthalten, nicht rechtskräftig sind. Die Verbindlichkeit der Tarifverträge für alle Angehörigen des Betriebes muß festgelegt werden. Ferner wird die Beilegung des Gesetzes vom 12. August 1921 (Terrorgesetz) verlangt, weil mit Rücksicht auf die Auslösung des Gesetzes durch das Oberste Gericht das Koalitionsrecht der Arbeiter bedroht ist. Ferner wird die rascheste Beschleunigung des Entwurfes über die Arbeitsgerichte gefordert.

Prager Produktbörse. (Offizieller Bericht vom 16. Febr.) Die Börse war stark besucht, aber das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen. Allgemeine Zurückhaltung ist auf allen Gebieten vorherrschend. Eine eher festere Tendenz in Amerika beeinflußt den hiesigen Markt nicht im geringsten. Dem Angebot stand keine verhältnismäßige Nachfrage gegenüber. Bei allseitiger Lustlosigkeit bleiben die Preise auf allen Gebieten unverändert mit Ausnahme von Heu, dessen Tendenz fester lag. — Es notierten in Kd: Böh. Weizen, Prag 196 bis 200, böhm. Roggen, Prag 125—127, böhm. Merkantilgerste, Prag 130—135, böhm. Auswahlgerste, Prag 140—152, böhm. Hafer, feuchter, Prag 130—132, böhm. Weißhafer, Prag prima 144, amerik. Patentmehl, Teilschen 3.55—3.65, Weizenmehl O/S, 3.50 bis 3.55, Weizenbrotmehl Nr. 4 1.95—2.05, Roggenmehl O/S 2.25—2.35, Weizenmehl 1 2.10—2.15, Weizen Grieß 3.50—3.00, Reis Burma II, Teilschen 2.70 bis 2.80, Reis Arcoan, Teilschen 2.90—3.25, Reis Rouman extra, Teilschen 3.45—3.50, Reis italien., poliert, Prag 4.15, Mohn böhm. 7.50—8.50, Rummel böhm. 4.65—4.75, Rummel holländischer 5.25, Erbsen grüne 2.50—3.50, Erbsen gelbe 1.75—2.20, Erbsen Viktoria 2.50—2.80, Linsen 3—4.50, Weißbohnen 1.80—2.50, Hirse 2.85, amerik. Fett, Teilschen 14—14.10, Fett heimisches, Szob 14, Mais jugoslaw., Preßburg 91, Mais rumän., Kleinfrüher, Obergberg 111, Mais Cinquantino, Obergberg 114, Heu böhm., lodes, Prag 69—70, Heu böhm., gepreßt, Prag 78 bis 80, Futterstroh, gepreßt, Prag 40.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgr. Prag. Mittwoch, den 17. Febr. l. J. findet im „Verein deutscher Arbeiter“ um 8 Uhr abends ein Vortrag mit Lichtbildern des Genossen Ernst Paul statt. Gen. Paul wird über Holland und die Vorbereitungen zum internationalen Jungentag in Amsterdam sprechen. Es mögen sich alle Jugendgenossinnen und Genossen an dem interessanten Vortrag beteiligen!

Der Film.

„Varieté.“

Ufa-Film mit Emil Jannings.

Man kann sich im Urteil ganz kurz fassen: „Varieté“ ist nicht nur der beste Film, den die Ufa bisher gedreht hat, es ist schlechter als der beste Film, den wir bis heute überhaupt vergewahren. Das liegt nicht an den „sensationalen“ Varieté- und Zirkusaufnahmen, obwohl auch die ihren Wert haben, das liegt auch nicht an der hübschen Figur Lya de Putti, selbst nicht allein an dem meisterhaften Spiel Jannings', das liegt in erster Linie daran, daß der Film ein geschlossenes Gesamtkunstwerk ist, das nichts anderes sein will als ein Film. Was von den (wenigen!) Kritiken und mit Liebe ihrer Sache dienenden Kritikern seit Jahren gefordert wird, hier ist es einmal durchgeführt worden: die eigene Kunstgattung des Films zu schaffen. Nicht Drama, nicht Roman, nicht Lustspiel soll der Film sein, sondern ein besonderes Kunstfeld, das seine Bedingungen aus der besonderen, nur ihm eigentümlichen Art der Wirkung schöpft. Der Film hat auf das Auge zu wirken, nicht durch Wiedergabe von Worten, die wie beim Roman erst im Hirn des Lesers zu optischen und akustischen Eindrücken verarbeitet werden, sondern unmittelbar durch das Bild. Das ist in diesem Film beinahe restlos begriffen. Wie der eifersüchtige Schaubudenbesitzer (Jannings), nachdem er die Baracke geräumt hat, jeden Winkel des Zuschauerraumes abtastet, das läßt uns mit seinem Auge sehen und läßt uns so unmittelbar in seine Seele blicken. Wenn doch (Jannings) den breiten Rücken seiner Frau mit dem lästern weichen Fleisch der Tänzerin, die in

Kunst und Wissen.

Strauß „Drahtbinder“ wurde dieser Tage am Prager tschechischen Ständetheater neuinszeniert und in prächtiger Reininszenierung feilich aufgeführt. Anlag hierzu bot der hundertste Geburtstag des Werkes, das am 2. Febr. 1826 keine Uraufführung an der gleichen Stätte erlebt hatte. Franz Strauß war damals zweiter Kapellmeister am ständischen Theater. Der „Drahtbinder“ ist seine populärste Opernschöpfung geworden, so wie unter seinen zahlreichen Liedern das „Ade domov muj“ („Wo ist meine Heimat“) eine volkstümliche Verbeirung fand und heute als tschechische Nationalhymne dient. Der „Drahtbinder“ ist eines der typischen Singspiele aus der Zeit der Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts, das musikalisch, ohne bedeutend zu sein, der volkstümlichen Richtung im weitesten Sinne Rechnung trägt und auch textlich (das Buch stammt von Josef Dmochel) durch die Verwendung der Person des Drahtbinders als Liebes- und Glückvermittlers auf populäre Wirkungen ausgeht. Um die Aufführung des von Opernchef Dstřil dirigierten Werkes machten sich in den Hauptrollen Fr. Norden und die Herren Würser und Makal verdient. Zur besonderen Feier des hundertjährigen Geburtstages des Singspiels hatte das Prager tschechische Musikverlagshaus „Nubcni Matice“ eine Neuauflage im alten Stille besorgt. —

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Mittwoch halb 8 Uhr abends „Pygmalion“, Donnerstag Gostp. M. Adrian: „Troubadour“, Freitag 7 Uhr Gostp. Kramer: „Die Teresina“, Samstag 7 Uhr „Julius Caesar“, Sonntag 11 Uhr vorm. Kammermusik, nachmittags halb 8 Uhr: „Einen Fux will er sich machen“, halb 8 Uhr „Nah! der Spötter“, Montag „Papa“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends „Mamselle Nitouche“, Donnerstag abends „Der Liebestrank“, Freitag abends „Zurück zu Methusalem“, Samstag abds. „Die Rama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachmittags „Vertagte Nacht“, abends halb 8 Uhr „Mama vom Ballett“, Montag Bankbeamtenvorstellung „Lady Fanny und die Dienstbotenfrage“.

Turnen und Sport.

Erster Berichtertatterkurs des 5. Kreises.

Sonntag, den 21. Febr. beginnt um 9 Uhr vormittags in der Bezirkskrankenasse in Teslitz-Schönau der 1. Kurs. (Eintägig.) Die Teilnahme ist so gedacht, daß jede Fußballabteilung einen Genossen hiezu entsendet. Gleichzeitig sollen auch die Turnspielabteilungen Vertreter schicken. Auch die übrigen Vereine haben das Recht, Vertreter zu entsenden. — Der Kurs hat den Zweck, einen gut funktionierenden Propaganda- und Nachrichtenendienst zu organisieren.

Mitzubringen ist Papier und Stift, sowie eventuell vorhandene Berichte und Zeitungsnotizen, die von den Genossen besetzt wurden. Jeder an dem Kurs Teilnehmende muß sich mit einem Mandat ausweisen. Die Kosten tragen die Vereine und Abteilungen.

Die Kreisleitung.

Wintersport. Wegen der ungünstigen Wetterlage sind laut telegraphischer Mitteilung aus Leipzig

Herausgeber Dr. Ludwig Czecch.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert.

Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.

Für den Druck verantwortlich: D. Šoliz.

die Wintersportkämpfe in Oberwolfach (Wien) als Sieger; während das Damen-Juniorenläufen an Fr. Hlebba (Berlin) fiel. — Das gleichzeitig abgehaltene Eishockeyturnier brachte am Samstag folgende Resultate: Slavia, die doch noch am Start erschienen, erlitt durch die Pariser Kanadier eine starke Niederlage von 8:0, Slavia ohne Straußel. Wiener Eisläuferverein gegen Berliner Schlittschuhklub 3:3 (1:1). Sonntag: Wiener Eisläuferverein gegen Slavia 8:0, Watson spielte anfangs in der Verteidigung, beim Stande von 2:0 ging er aber in die Sturmreihe und die Slavia mußte trotz Verteidigungsstellung sich innerhalb sieben Minuten sechs weitere Tore gefallen lassen. Berliner Schlittschuhklub gegen Pariser Kanadier 3:2. Sieger des Turniers ist der Berliner Schlittschuhklub vor die Pariser Kanadier und dem Wiener Eisläuferverein.

Bei den Weltmeisterschaften im Eiskunstenlaufen, die zurzeit im Berliner Eispalast zur Ausstrahlung gelangen, behauptete sich Ing. Bödl (Oesterreich) als Weltmeister. Den zweiten Platz belegte Dr. Preiseder (Oesterreich), während Ewa Tschekostowalek nur Fünfter wurde. Das Paarlaufen brachte folgende Placierung: 1. M. Jolt-M. Brunnet (Frankreich), 2. Lily Scholz-Kaiser (Oesterreich), 3. Frau Szabo-Jaroch-Wrede (Oesterreich), 4. Fr. Hochaltinger-Ing. Pomperl (Oesterreich), 5. Sonja Genie-Arne Sie (Schweden). Das

Anglo-Elementar

Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien

Direktion für die tschechoslowakische Republik

empfehl sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Transport-, Pferde- und Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen. Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen.

Bargarantienmittel in der Republik über 25 Millionen.

Bureau Reichenberg, Bahnhofstraße Nr. 19.

Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Bolschbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Bücher sind Freunde
Bücher sind Gefährten

Lesen Sie diese spannungsgewaltigen Romane von EMIL DRONNBERG!

Die Kritik zählt diese Bücher zu den besten ihrer Art!

Das Gold der Nebelberge.

Roman aus dem rauhen Norden Kanadas. Geb. Mk. 6.—

Die Goldwäcker am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska. Gebunden Mk. 6.—

Der Trapper am Swift Creek.

Roman aus Britisch-Kolumbien Gebunden Mk. 6.—

Das Siwash-Mädchen.

Erzählung a. d. kanadischen Felsengebirgen. Geb. Mk. 2.50.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von **Wilhem Goldmann Verlag** Leipzig 93.

und die Deffassierten; die Aufgeregten und die Bestialisieren, die mit lächelndem Munde auf den Abstieg des Artisten warten. Es liegen sich der Einzelheiten eine Fülle besprechen und an jeder Szene könnte man beweisen, daß sie so sein muß, wenn sie gut sein soll.

Jannings als jähorniger Kraftmann mit dem goldenen Herzen, Urtyp des massiven norddeutschen Menschen aus der natürlich fühlenden und denkenden unteren Schicht der Großstadt. Kanakier selbst unter Gaunern, zärtlich in der Liebe, unerwähllich im Paß. Ein Mensch, wie er in dieser Typisierung auf unseren Bühnen selten und kaum jemals besser gestaltet werden kann. Lya de Putti, entsetzte Croitl, schmiegsam und lachhaft schmeichelnd. Wie sie tanzt, wie sie küßt, bettelt und schmollt, wie sie sich in den Winkel des Zigeunerswagens duckt und im Hotelbett räkelt und dehnt, wie sie liebt und beirügt, ist sie das Weib in seinem Dimentyp, ist sie „Erdegeist“, aus Wedelindischem oder wenn man will, Weiningerischem Geist gezeugt, aus dem Temperament einer (trotz allem, was sie sonst treiben mag) großen Künstlerin geboren. Mary DeLiska gibt prächtig das Widerpiel der Dirne, die Mutter, ein Proletarierweib ohne Courth-Mahlerische Sentimentalität, durchblutet von der großen Kraft künstlerischen Nacherlebens. Ebenso ist Warden Gegenspieler Jannings', totet, feminin, leichtfüßig, glatt, elegant und berechnend, schlau und feig.

Die Photographie und die szenische Aufmachung sind so sorgfältig, wie es dem erstklassigen Spiel der Künstler und der Güte des Filmbuches entspricht. Die Ufa hat mit diesem Film einen Rekord erreicht, der im Interesse der nur von Deutschland und Skandinavien zu erwartenden künstlerischen Ausgestaltung des europäischen, des

wirklichen Kunstfilms nicht genug begrüßt werden kann. E. Fr.

Madame Sans Gène. (Paramount-Film.)

Die Wirkung der berühmten historischen Komödie von Victorien Sardou beruht auf der burleskenen Naturalität der zur Herzogin avancierten Wäckerin. Es liegt ein tiefer Sinn in dem Kontrast zwischen dem Hofleben Napoleons, dem Treiben seiner Granden und seiner Schwestern und zwischen der Robustheit der Herzogin von Vanzig. Es ist der Kontrast der verfeinerten und überwundenen bürgerlichen Revolution zu ihrem, in der gedadelten Proletarierin fortlebenden, letzten revolutionären Heft. Sardou erreicht die Kontrastwirkung auf der Bühne vor allem durch das Wort; die schimpfliche San Gène fällt alle Augenblicke in die derbe Sprache der Pariser Markthallen zurück und Ton und Offenheit ihrer Konversation machen sie unter den höflichen Gänsen unendlich. Die Schauspielerei tut durch Mimik und Auftreten das Ihre dazu. Der Film ist auf diese Mittel beschränkt und wie selten an einem Stück zeigt sich hier diese Beschränktheit des Films (die so viel selbener da ist als die Raum-Beschränktheit der Bühne!); die Amerikanerin Gloria Swanson wirkt dann mehr kokett als burlesk, mehr albern als natürlich, was zum Teil auf die Unmöglichkeit dieser Rolle im Film, zum Teil auf das amerikanische Unverständnis für historische Darstellung überhaupt zu buchen ist. Im übrigen haben die Amerikaner diebald sehr schöne, echte Bilder in Fontainebleau gestellt. Sie lernen endlich etwas von den Europäern, die eben doch nicht ganz so dümm sind, wie man in Los Angeles gern glaubt. Der Film ist bei dem chronischen Mangel großer und einwandfrei schöner historischer Filme das Ansehen immerhin wert. fr.